



# Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin  
für Politik,  
Wirtschaft,  
Wissenschaft  
und Kultur

Ausgabe 4 / 2013  
49. Jahrgang

Alexandra Schörghuber  
im Peutinger-Gespräch  
Seiten 18 – 23



Wolfgang Ischinger: Europas Verantwortung  
Günther Beckstein/Alois Glück: Lutherjahr 2017  
Hans-Jochen Vogel: Freiheit des Geistes  
Otto Wiesheu: Subventions-Monster Grüne Energie  
Michael Stürmer: Schutz im Überschaubaren  
Hannes Burger: Wettstreit der Derblecker

# Seit 215 Jahren unsere Herausforderung: Ihr Vermögen sicher durch unsichere Zeiten zu geleiten.



Wenn es um Ihr Geld geht, hat Sicherheit die höchste Priorität. Deshalb gehört zu einer guten Vermögensverwaltung ein effektives Risikomanagement. Gleichzeitig gilt es, positive Entwicklungen schnell zu nutzen. Wie das geht? Sprechen Sie uns an!

## Ausgezeichnete Vermögensverwaltung

Bereits 5 x in Folge mit *summa cum laude* ausgezeichnet.

Hohe Sicherheit durch

- Effektives Risikomanagement
- Breite Streuung der Anlagewerte

Telefon: 0800 1798 000

[www.donner-reuschel.de](http://www.donner-reuschel.de)

### Unsere Welt dreht sich um Sie.

DONNER & REUSCHEL Aktiengesellschaft –  
Die Privatbank der SIGNAL IDUNA Gruppe



**DONNER & REUSCHEL**

PRIVATBANK SEIT 1798



Besuch aus seiner bayerischen Heimat war dem Papst im Vatikan immer eine besondere Freude.

## Unser Papst

Wir sind nicht mehr Papst. Benedikt XVI., der erste Bayer auf dem Heiligen Stuhl seit langer Zeit, hat eine schwere Entscheidung getroffen: Als er spürte, wie das Alter ihn immer mehr daran hindert, die Bürde des Amtes zu tragen und ein tatkräftiger Stellvertreter Christi zu sein, hat er aus freien Stücken seinen Rücktritt erklärt. Eine weltweite Welle von Respekt und Anerkennung folgte diesem ungewöhnlichen Schritt.

Papst Benedikt XVI. hat die katholische Kirche in schwierigen Jahren geführt. Wohl flogen ihm, dem asketischen Theologen, die Herzen der Jugend zu, doch sein knapp achtjähriges Pontifikat war geprägt von zahlreichen Herausforderungen: Von einem zunehmend selbstbewussten Islam, von der wachsenden Enttäuschung vieler Gläubiger über verweigerte Reformen wie die Kommunion für Geschiedene oder Frauen im Priesteramt und ganz besonders vom Ausmaß der Missbrauchsfälle gerade in der katholischen Kirche.

Auf den Nachfolger warten große Aufgaben. Eine davon wird auch sein, vor allem die deutschen Katholiken im Land der Reformation auf das

Jahr 2017 vorzubereiten, wenn die evangelischen Glaubensbrüder ihr 500. Luther-Jubiläum feiern. Über die Hoffnungen und Erwartungen zu diesem Datum schreiben in dieser Ausgabe die beiden höchsten Laienvertreter: Günther Beckstein (evangelisch) und Alois Glück (katholisch).

Benedikt XVI. wird immer „unser“ Papst bleiben. Auch wenn er sich in ein Vatikan-Kloster zurückgezogen hat, wird er uns in einer besonderen bayerischen Weise gegenwärtig sein: Als der scharfsinnige Professor in Regensburg, als der glaubensstarke Kardinal in München, bei dem manchmal auch Schalk in den Augen aufblitzte, und als der Papst in Rom, dessen Gesicht strahlte, wenn ihn Gebirgsschützen und Trachtler aus der Heimat besucht haben.

Herzliche Grüße

Peter Schmalz  
Chefredakteur

AKTUELLES

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Kurz gemeldet</b>	<b>14</b>
<b>Buchbesprechungen</b>	<b>29</b>
<b>Veranstaltungsvorschau 2013</b>	<b>39</b>

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Wolfgang Ischinger <b>Europas Sicherheit, Europas Verantwortung</b>	<b>5</b>
Michael Stürmer <b>Schutzsuche im Überschaubaren</b>	<b>8</b>



Hans-Jochen Vogel <b>Freiheit des Geistes</b>	<b>10</b>
Hugo Müller-Vogg <b>Die Verantwortung der anderen</b>	<b>12</b>
<b>Kurz gemeldet</b>	<b>14</b>
Hansjörg Geiger <b>Zu schwach dosiert</b>	<b>15</b>



Alexandra Schörghuber: <b>„Kalkuliert risikofreudig“</b>	<b>18</b>
Otto Wiesheu <b>Das Subventions-Monster</b>	<b>24</b>
Manfred Bayerlein <b>Gefährliche Schwankungen</b>	<b>26</b>

KULTUR



Das Luther-Jahr 2017:

Günther Beckstein <b>Neues Feuer</b>	<b>30</b>
Alois Glück <b>Brückenschlag</b>	<b>31</b>



Hannes Burger <b>Gefährliche Wahrheit</b>	<b>34</b>
--	-----------

PEUTINGER-COLLEGIUM



<b>Der neue Große Rat stellt sich vor</b>	<b>36</b>
<b>Junge Peutinger: Voller Ideen und besser vernetzt</b>	<b>36</b>
<b>Erfahrung der Älteren nutzen</b>	<b>36</b>
<b>Co-Präsident Bernd Grottel zum Honorarprofessor ernannt</b>	<b>36</b>
<b>Vortragsabende des Peutinger-Collegiums</b>	<b>37</b>
<b>Veranstaltungsvorschau 2013</b>	<b>39</b>

# Europas Sicherheit – Europas Verantwortung

Integration in der Sicherheitspolitik bleibt eine zentrale Zukunftsaufgabe



Mit diplomatischem Geschick und organisatorischem Talent leitet Wolfgang Ischinger die Münchner Sicherheitskonferenz, deren Vorsitzender er seit 2008 ist. Ischinger war Staatssekretär im Auswärtigen Amt und deutscher Botschafter in Washington und London.

Wolfgang Ischinger

Die Krisen in Mali, Syrien und um das iranische Nuklearprogramm haben die 49. Münchner Sicherheitskonferenz geprägt. Im Zentrum der Debatten stand auch die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik. Ein Resümee von der Konferenz: Das Problembewusstsein ist vorhanden – aber zum tatkräftigen Handeln sind die wenigsten bereit. →



Fotos: Frank Pihl

Wenn die Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof tagt, blickt die Welt nach München.

**Die Münchner Sicherheitskonferenz hat sich zu einem Forum für den globalen Dialog über Sicherheitspolitik entwickelt. Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungspolitiker, Unternehmer und Journalisten aus aller Welt kommen am ersten Februarwochenende nach München, um in informellem Rahmen über internationale Konflikte und außenpolitische Strategien zu debattieren. Im nächsten Jahr ist es die 50. Konferenz.**

„Was wir brauchen, sind Führung, eine langfristige Sicht der Dinge und Mut“, sagte die niederländische Verteidigungsministerin Jeanine Hennis-Plasschaert auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu den stockenden Bemühungen der europäischen Staaten, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger zusammenzuarbeiten. Die Niederländer sind Vorreiter bei der Verteidigungskooperation, insofern durfte der Satz der Ministerin auch als eine Aufforderung an ihre EU-Partner verstanden werden. Schließlich wissen alle Verantwortlichen, dass die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor immensen Herausforderungen steht. Und doch passiert viel zu wenig. Das Zusammenlegen und die gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten – im EU-Fachjargon „Pooling & Sharing“ – ist zwingend nötig.

Die Frage, wie wir in Zukunft Verteidigungspolitik in Europa sinnvoll organisieren, mag auf den ersten Blick abstrakt klingen. Das ist sie aber ganz und gar nicht. Wenn wir in der Lage sein wollen, auf überraschende Krisen oder humanitäre Notlagen – im Notfall auch militärisch – reagieren zu können, müssen wir in Europa viel stärker und effektiver als bislang zusammenarbeiten. Kein europäisches Land ist allein in der Lage, die sicherheitspolitischen Instrumente zu finanzieren, die den steigenden Anforderungen angemessen wären.

Mit anderen Worten: Europas verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit steht auf dem Spiel. Die Gründe dafür sind vielfältig. Erstens werden die europäischen Verteidigungshaushalte weiter gekürzt, wichtige Fähigkeiten vernachlässigt. Zweitens stellt das sicherheitspolitische Umfeld immer schwierigere und komplexere Anforderungen an unsere Streitkräfte. Drittens müssen wir uns in Folge der Orientierung der USA in Richtung Asien immer mehr darauf einstellen, potentielle Krisen in der europäischen Nachbarschaft in Zukunft selbstständiger zu bewältigen. US-Vizepräsident Joe Biden hat auf der Sicherheitskonferenz zwar beeindruckend und glaubhaft deutlich gemacht, wie wichtig Europa für die USA bleibt – ein Beispiel: „Europa ist der Grundstein unseres globalen Engagements.“ Aber dass die USA mehr von Europa erwarten, und nicht mehr automatisch die Führungsrolle bei der Bewältigung von Krisen in Europas Nachbarschaft übernehmen, ist ebenso offensichtlich.

Im Grunde haben die USA eine revolutionäre Kehrtwende in ihrem Blick auf Europa vollzogen. Jahrzehntlang war Amerika tendenziell kritisch gegenüber dem europäischen Einigungsprozess eingestellt, weil man sich nicht sicher war, ob die wachsende Integration die transatlantische Sicherheitspartnerschaft unterminieren könnte. Das hat sich inzwischen völlig ins Gegenteil gekehrt: Europa wird regelrecht aufgefordert, in der Sicherheitspolitik endlich handlungsfähig zu wer-



den. Eine starke sicherheitspolitische Rolle der EU wird nicht mehr als Widerspruch zu einer starken NATO gesehen, sondern als eine Voraussetzung. Aber wenn wir Europäer eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA wollen, müssen wir auch bereit sein, unseren Anteil zu leisten.

Es ist allzu verständlich, dass man sich aus vielen Fragen heraushalten will. Aber „Nein“ zu sagen, ist kein Ersatz für Sicherheitspolitik. Auch das, was vor den Toren Europas passiert, hat Auswirkungen auf unsere Sicherheit. Das heißt natürlich nicht, dass wir Einsätze in unserer europäischen Nachbarschaft leichtfertig herbeireden sollten. Aber sowohl unsere eigenen Sicherheitsinteressen als auch unsere moralische Verantwortung verpflichten uns dazu, unsere militärischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln – ob wir sie dann nutzen müssen oder nicht.

Beispiel Mali: Die französische Regierung konnte sich vor internationalem Lob für ihr Eingreifen kaum retten, doch die Unterstützung Frankreichs durch seine Partner fällt nicht gerade üppig aus. Grundlegende Fähigkeiten wie etwa Luftbetankung sind Mangelware. Und schon bei der Libyen-Intervention 2011 wurden die großen Schwächen selbst der besten europäischen Streitkräfte mehr als deutlich. Ohne massive Unterstützung durch die USA wäre die Intervention damals womöglich gescheitert. In Mali haben die Amerikaner deutlich gemacht, dass von ihnen kein weitreichendes

Engagement zu erwarten ist. Die USA und die NATO könnten nicht überall sein, heißt es aus Washington. Bislang ist Frankreichs Vorgehen erfolgreich, aber für den langfristigen Erfolg werden die Franzosen auf die Unterstützung ihrer europäischen Partner angewiesen sein.

Beispiel Syrien: Hier zerfällt ein Staat an Europas Südostgrenze. Ein Diktator tötet zehntausende Menschen, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen radikalisiert werden, Konflikte in der gesamten Region werden befeuert, Massenvernichtungswaffen könnten in falsche Hände geraten. Wir bekennen uns zwar seit fast zehn Jahren zum Prinzip der „Schutzverantwortung“ (responsibility to protect), demzufolge die internationale Gemeinschaft die Verantwortung dafür trägt, wehrlose Bevölkerungen vor Massenverbrechen durch ihre eigene Regierung zu schützen. Und doch gehen wir heute keinen Deut besser mit der Syrienkrise um als vor 20 Jahren mit dem Zerfall Jugoslawiens. Die Debatten in München machten erneut deutlich, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Aber dass Europa als sicherheitspolitischer Akteur praktisch gar nicht in Erscheinung tritt, ist äußerst unbefriedigend.

Die niederländische Verteidigungsministerin hat recht: Wir brauchen in der europäischen Sicherheitszusammenarbeit überzeugte Führung, eine langfristige Perspektive und Mut. Und davon eine ganze Menge. ▲

Bringt Grüße vom Präsidenten: US-Vizepräsident Joe Biden (r) und Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (Bild 1).

Geballte Energie-Macht: Russlands Energieminister Aleksandr Novak (li.) und Günther H. Oettinger, der Energie-Kommissar der EU (Bild 2).

Frauenpower aus Afrika: Fatou Bensouda (li), Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und die Außenministerin von Ruanda, Louise Mushikiwabo (Bild 3).

Auszeichnung im Kaisersaal: Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer verleiht dem ehemaligen Sicherheitsberater der USA, Brent Scowcroft (Mi.), den Ewald-von-Kleist-Award. Auch Ex-Nato-Generalsekretär Javier Solana und Sicherheitskonferenz-Chef Wolfgang Ischinger gratulieren (Bild 4).



# Schutzsuche im Überschaubaren

Wachsender Unmut über Globalisierung – Politik sprachlos

Michael Stürmer

Die Krise, wie der Krieg, bringt Dinge ans Licht, die sonst verborgen bleiben, und der Blick auf verlorene Illusionen fokussiert den Verstand auf kommende Dinge und den Ernst der Lage: Seit einem Vierteljahrhundert, von den mit sich selbst beschäftigten Europäern wenig bemerkt, hat China seine weltpolitische Auszeit beendet, das Reich der Mitte pocht auf alte, für ein paar Jahrhunderte entglittene Rechte. Die globale Finanzkrise zieht ihren Grauschleier über Wachstum, Sozialkontrakt und die Zukunft der Demokratien, und die Eurokrise verspricht eine lange Malaise – zehn Jahre, so die Kanzlerin. Im weiteren Mittleren Osten warten zwei oder drei Kriege auf ihre Stunde, Erdbeben der besonderen Art.

Die 1990er Jahre waren, aufs Ganze gesehen, eine Epoche des unbändigen, alle Grenzen leichten Sinnes überschreitenden Optimismus, an dem nur Russland auffallend wenig teilnahm. Im Westen galt dagegen, dass nichts groß genug sein konnte, nicht die Europäische Union, nicht die Eurozone und nicht die Nordatlantische Allianz, nicht die Banken und nicht die Autobauer. Global Player zu sein war à la mode, und die Antreiber sahen sich selbst als Getriebene. Die Angst vor Übernahmen war größer als die Angst davor, sich selbst zu übernehmen.

Groß, Größer, am Größten: Wer derlei in Vorschlag brachte, brauchte sich nicht zu rechtfertigen. Das globale Dorf war die Vision – und niemand folgte noch dem Ratschlag eines deutschen Kanzlers, wenn einer eine Visionen habe, solle er den Psychiater aufsuchen. Deregulierung ohne Bedacht auf die Folgen, entgegen aller Erfahrung, Kinderspiele mit ungesicherten Waffen, Trunkenheit ohne Wein. Kein geringerer als Warren Buffett, der Weise von Omaha und der berühmteste aller Investoren, sprach von Computern als den Massenvernichtungswaffen neuer Art.

Jetzt herrscht Katerstimmung, langer Aschermittwoch, globale Tendenzwende. Man würde gern flüchten – sich selbst, das Geld, die Sicherheit – wenn man nur wüsste, wohin. Ausnüchterung trat ein, neue Justierung in der neuen Wirklichkeit. Die Autobauer betreiben wieder das, was sie am besten können, das Kerngeschäft – das allerdings im globalen Maßstab. Made in Germany ist dabei mitunter nur noch Label der Erinnerung und verbirgt weltweite Vernetzung. Made in China ist fast überall, nicht nur im Kleingedruckten. Der unangenehm nahegerückte Osten ist Werkstatt der Welt, und nicht mehr nur für Holzspielzeug und billige Textilien.

Globalisierung bedeutet, dass Zeit und Raum ihre traditionelle Funktion verlieren, Distanzen schrumpfen, Transportkosten dito. Grenzen lösen sich auf, Cyberwelten sind überall und nirgendwo, so unentbehrlich wie undurchsichtig und bedrohlich. Hyperkonnektivität ist das Wort des Tages. Dem Nationalstaat entgleitet die Realität, eigentlich wäre es Zeit für global governance. Aber derlei funktioniert allenfalls in Ansätzen, und es fehlt nicht an Spielverderbern, die plötzlich aus den Kulissen treten: Terroristen, Waffenhändler, Atombastler, aber auch Apokalyptiker, neumodische Islamisten, altmodische Nationalisten.

Aber was für die Wirtschaft gilt, notgedrungen und entschlossen Anpassung an den Wandel der Dinge zu vollziehen, bei Strafe des Untergangs, gilt offenbar noch lange nicht für die Politik. Sie hält sich für immun gegen alle Zeichen des Missvergnügens, auch wenn die Eurokrise die Gegensätze zuspitzt. Die Fiskalunion ist, wie Helmut Kohl anno 1989 höchstselbst im Elysée anmahnte, Voraussetzung einer funktionierenden Währungsunion. Aber damals lehnte Frankreich ab, und dass heute die in

die Enge getriebenen Demokratien ihren Sozialvertrag, ihr Gleichgewicht und inneren Frieden einem Über-Finanzkommissar in Brüssel überlassen wollen, ist nichts als eine unpraktische Idee, doch sehr sprengkräftig.

Es kommen Warnzeichen aus allen Himmelsrichtungen. Jüngst erst zeigten die Wähler in Spaniens reichster und unwilligster Region, in Katalonien, dass ihnen die Zugehörigkeit zu Spanien nicht mehr wichtig, ja großenteils zuwider ist. Die Eurokrise hat den Unwillen unter 7.5 Millionen Katalanen geschärft, knappes Geld nach Madrid zu überweisen und wenig zurückzubekommen.

Small is beautiful, das gilt in vielen europäischen Sprachen. Tschechen und Slowaken nutzten 1993 die erste Chance, sich einvernehmlich zu trennen, und bereuen nichts. In Schottland erscheint es nicht mehr ausgeschlossen, sich vom Vereinigten Königreich zu trennen: Man hat einander satt auf beiden Seiten der Grenze. Die Ironie der Insellage will es, dass Premierminister David Cameron seinerseits in 10. Downing Street sehr vorsichtig steuern muss, um seine murrenden Tories bei der Europastange zu halten, und Labour auch. Das Ressentiment gegen die Vielregiererei in Brüssel, gegen die Missachtung uralter Parlamentstraditionen, gegen ein Übermaß der Staatswirtschaft ist längst politik- und parteifähig geworden. „Finalität“ war für Großbritannien immer eine Freihandelszone de luxe, verbunden mit Sicherheitspolitik aus der Mitte des Atlantik. Selbst die Niederlande äußern Zweifel.

Dass die EU sich immer nur in Richtung Verdichtung und Vertiefung bewegen kann, wie die Kontinentalen glauben, ist jenseits des Kanals lebhaft und bis zum Bruchpunkt umstritten. Dabei wussten und wissen Deutsche und Franzosen ihre „Finalité“ zu keiner Zeit zu beschreiben, und schon gar nicht einvernehmlich. Dass die Deutschen, eingeschüchtert durch Kanzlerworte über Krieg und Frieden und einen Friedensnobelpreis für Brüssel obendrauf, für immer und ewig die Musterschüler der europäischen Klasse sein werden und wollen, ist nicht mehr sicher. Die politische Klasse in Berlin und große Teile des Topmanagements der Wirtschaft zwar tun so, als sei der Unmut der Wähler dauerhaft zu ignorieren und die Euro-Krise bald ausgestanden. Aber bisher ist es eher in die Gegenrichtung gegangen. Zuerst geht dem Euro das Vertrauen verloren, dann der politischen Kompetenz der Mächteliten, und endlich der Demokratie.

Globalisierung ist Schicksal. Aber das bedeutet noch lange nicht, dass die Bürger der europäischen Staaten sich nicht wehren. Die Krise verstärkt den Unwillen, sich selbst zu verlieren an fremde Zwecke, und sie weckt Bewegungen, die auf den ersten Blick wie neuer Nationalismus aussehen, in Wahrheit aber Schutzsuche im Überschaubaren versprechen – wahrscheinlich vergeblich. Globalisierung oder Fragmentierung? Das letzte Wort ist noch lange offen. ▲

**Die Bayern denken bei Heimat vor allem an die Wirtschaft. Nach einer Emnid-Umfrage verbinden sie mit dem Begriff intakte Umwelt (95 Prozent), den Wirtschaftsstandort (94) und attraktive Arbeit (91). Dann folgen Pflege von Tradition und Brauchtum (88) und die christliche Wertegemeinschaft (64). 81 Prozent erwarten von ihren Parteien, „bayerisches Lebensgefühl zu verkörpern“. Die Verunsicherung durch Globalisierung und Internationalisierung der Finanzmärkte wecke eine neue Sehnsucht, meint Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner: „Plötzlich werden die eigenen Wurzeln wieder wichtig.“**



**Professor Dr. Michael Stürmer**, Historiker, war Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik. Seit 1989 ist er Chefkorrespondent der Tageszeitung *Die Welt*.

# Freiheit des Geistes

**SPD wird 150 Jahre alt –  
Betrachtung eines Insiders**

Hans-Jochen Vogel

Die Geschichte der SPD in diesen wenigen Zeilen hinreichend würdigen zu wollen, wäre ein zu kühnes Unterfangen. Deshalb erscheint es mir angemessen, zum 150. Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie hauptsächlich zwei zentralen Fragen nachzugehen. Zunächst der Frage, an welchen Prinzipien, Werten und Zukunftsvorstellungen sich die Sozialdemokratie in den vergangenen einhundertfünfzig Jahren orientiert hat. Und dann der Frage, welche Folgerungen wir aus unserer Geschichte ziehen sollten.

Woran haben wir uns orientiert? Wofür haben sich in ihr Männer und Frauen engagiert und nicht wenige sogar ihre Freiheit und ihr Leben riskiert, oft auch geopfert! Wenn ich es richtig sehe, war das von Anfang an das Bestreben nach einer menschenwürdigen Gesellschaft. Nach einer gerechteren Verteilung von Macht und Wohlstand. Nach einer Ordnung, die sie als demokratischen Sozialismus bezeichneten und von der sie in Anlehnung an die Marx'sche Geschichtstheorie glaubten, sie sei ein mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verknüpfter Endzustand, der im Verlaufe von Klassenkämpfen mit gesetzmäßiger Notwendigkeit eintreten werde.

Nach der Katastrophe der NS-Zeit und in ständiger Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hat die Sozialdemokratie den Begriff des demokratischen Sozialismus im Godesberger Programm von 1959 neu definiert und ihn nicht mehr als Endzustand, sondern als die dauernde Aufgabe beschrieben, den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität durch gesellschaftliche Reformen immer aufs Neue gerecht zu werden. Zugleich hat sich die Sozialdemokratie endgültig der Pluralität und Gleichberechtigung der Begründungen geöffnet. In Übereinstimmung damit heißt es im Godesberger Text:

*„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalte weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes.“*

Die politische Bedeutung dieser programmatischen Weiterentwicklung, ist auch von heute her gesehen fundamental. Es war in Gestalt des endgültigen Übergangs von der Klassen- zur Volkspartei die tiefste Veränderung in der sozialdemokratischen Programmgeschichte und eine entscheidende Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsverantwortung in den folgenden Jahren und für die damit eröffneten Einflussnahmen auf die Gestaltung unseres Gemeinwesens und der Lebensverhältnisse seiner Bürgerinnen und Bürger.

Gerade in unserer Gegenwart erscheint mir die Besinnung auf diese Grundwerte und ihre Herleitung wichtiger denn je. Denn sie geben uns Halt und Orientierung. Sie schützen uns vor kurz-

atmiger Beliebigkeit, die da und dort auch in der persönlichen Lebensführung um sich greift. Und sie zeigt auch dem ökonomischen Prinzip, das Erfolge nur noch am materiellen Mehr bemisst, Grenzen auf, die unüberschreitbar sein sollten. Denn es kann nicht oft und nicht laut genug gesagt werden: Der Markt ist ein unentbehrliches und anderen Mitteln wirtschaftlicher Ordnung überlegenes Instrument. Aber er darf die demokratisch legitimierten Staatsorgane nicht beiseite drängen und sich zur letzten Entscheidungsinstanz aufschwingen. Eben dies haben aber in besonderer Weise der Finanzmarkt und diejenigen getan, die dort weltweite Macht ausüben.

Was ergibt sich aus unserer Geschichte für unsere Gegenwart? Zunächst einmal: Sozialdemokraten können auf diese Geschichte stolz sein. Natürlich gab es auch Fehlentscheidungen, Irrtümer und Enttäuschungen. Aber zu Recht hat Kurt Schu-

Für die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen haben uns Ferdinand Lassalle und Willy Brandt zwei wichtige Einsichten mit auf den Weg gegeben. Die von Ferdinand Lassalle stammt aus dem Jahre 1863 und lautet: „*Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.*“

Die von Willy Brandt ist jüngeren Datums. Er hat kurz vor seinem Tod im September 1992 in einer Botschaft an den Kongress der Sozialistischen Internationale, die von mir verlesen wurde, weil er selbst schon nicht mehr reisen konnte, gesagt: „*Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer, darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.*“

**In Leipzig gründete Ferdinand Lassalle 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein ADAV. Es war die Geburtsstunde der SPD. 150 Jahre später, am 23. März, feiert die Partei in der Messestadt ihr Jubiläum. Auch die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel wird unter den Gratulanten sein.**



SPD-Gründer  
Ferdinand Lassalle



SPD-Plakat zum  
Tag der Arbeit



Der Godesberger Parteitag 1959 wandelte die SPD von der sozialistischen Arbeiterpartei zur Volkspartei. In der ersten Reihe mit Pfeife: Herbert Wehner. Rechts neben ihm Gustav Heinemann, Alfred Nau, Fritz Erler und der bayerische Sozialdemokrat Waldemar von Knoeringen.



Trio der Freiheit 1963 in Berlin: US-Präsident John F. Kennedy, Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und Bundeskanzler Konrad Adenauer.

macher die deutsche Sozialdemokratie als das sauberste Stück deutscher Geschichte bezeichnet. Willy Brandt hat dem 1969 in einer Rede zum hundertjährigen Bestehen der Münchner SPD so Ausdruck gegeben: „*Die Sozialdemokraten haben niemals einen Krieg vom Zaun gebrochen oder den Krieg verherrlicht, sondern sie haben stets für den Frieden gewirkt...*

*Die Sozialdemokraten haben niemals Andersdenkende verfolgt und gepeinigt; sie haben Verfolgungen auf sich genommen, um unserem Volk den Weg in die Freiheit zu ebnen.*

*Die Sozialdemokraten haben den entscheidenden Anteil daran, dass breite Schichten in unserem Volke von Untertanen zu Staatsbürgern werden konnten; und darauf sind wir stolz.*“

Das alles ist aber kein Anlass, sich an die Brust zu klopfen und sich zu überheben – nein, es ist ein Reservoir, aus dem wir Kraft zur Bewältigung der Herausforderungen schöpfen können, vor denen wir heute stehen. Und an denen ist ja wahrlich kein Mangel.

Ja – aussprechen was ist. Und – jede Zeit verlangt neue Antworten! Aber diese Antworten müssen den Kriterien standhalten, denen wir unser besonderes Profil verdanken.

Das gilt für die aktuelle Euro-Krise ebenso wie für die Klimaveränderung, die Energiewende, die demographische Entwicklung und die soziale Kluft, die sich seit geraumer Zeit ständig erweitert, wodurch der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit unser Gemeinwesen insgesamt in Gefahr geraten.

Sozialdemokraten haben im 150. Gründungsjahr ihrer Partei wahrlich keinen Anlass, verdrossen zu sein. Vielmehr können wir aus unserer Geschichte die Zuversicht schöpfen, dass wir auch die gegenwärtigen Herausforderungen meistern werden, wenn wir die Lehren der Vergangenheit beherzigen, unsere Fähigkeiten nutzen und unserer Verantwortung gerecht werden. 150 Jahre SPD-Geschichte sind dabei das stabile Fundament, das uns auch künftig Halt gibt. ▲



**Dr. Hans-Jochen Vogel**, 1926 in Göttingen geboren, ist Ehrenvorsitzender der SPD. Er war Münchner Oberbürgermeister, mehrfacher Bundesminister, Kanzlerkandidat und Vorsitzender der SPD sowie deren Bundestagsfraktion.

# Die Verantwortung der anderen

Schlampig arbeitende Doktorväter gehen straffrei aus



Hugo Müller-Vogg

Karl-Theodor zu Guttenberg, Silvana Koch-Mehrin, Margarita Mathiopoulos, Jorgo Chatzimarkakis und jetzt Annette Schavan. Jeder Fall ist anders und doch gleich: Die Universität hat's gegeben, die Universität hat's genommen, aber eigentlich waren die Universitäten nur willige Vollstrecker der anonymen Plagiatsjäger. Dabei sind die Hochschulen, die für eindeutige und angebliche Plagiate den Dokortitel verliehen haben, sich keiner Schuld bewusst.

Über die Motive derer, die als digitale Blockwarte sich angeblich um die Reinheit der Wissenschaft sorgen, muss man nicht lange spekulieren. Sie wollen Politiker aus dem bürgerlichen Spektrum fertigmachen. Ob etwa Sozialdemokraten oder Grüne bei ihren wissenschaftlichen Arbeiten getäuscht haben, interessiert dort so gut wie niemanden.

Natürlich müssen Hochschulen handeln, wenn die „Vroniplag“-Truppe Belege fürs Abschreiben liefert, eindeutige wie im Fall Gutenberg oder weniger eindeutige wie im Fall Schavan. Gleichwohl gilt die Überprüfung an der Universität Düsseldorf eher einem Schauprozess als einem fairen Verfahren: Ein fachfremder Gutachter, der als Mitglied des Fakultätsrats über seinen eigenen Befund abstimmte, kein Zweitgutachter, Schavan belastende Indiskretionen über den Stand der Dinge – zu einem Rechtsstaat passte das alles nicht.

Noch etwas passt nicht: Ertrappte Plagiator werden durch Titelenzug bestraft, ihre Doktorväter gehen hingegen straffrei aus. Zum Täuschen und Betrügen gehören allerdings immer zwei: Einer, der es tut, und einer, der es nicht bemerkt. Ein Doktorand kann nur so gezielt täuschen und nur so schlampig zitieren, wie Doktorvater und Zweitkorrektor es zulassen. Wann immer ein Doktor-Titel aberkannt werden muss, gibt es eigentlich zwei Opfer: der Doktorand und seine Universität.

Über die Rolle der Hochschulen wird in den Plagiats-Fällen aber kaum gesprochen. Wo bleibt eigentlich die Strafe für die die Promotion betreuenden Hochschullehrer, sie selber so schlampig gearbeitet haben, dass man sie so leicht täuschen konnte? Müsste man ihnen nicht zumindest – nachträglich und symbolisch – das Recht entziehen, über Promotionen zu entscheiden? Wäre bei diesen Lebenszeitbeamten nicht sogar eine Kürzung der Pensionen angezeigt?

Das Argument, das sei doch alles schon so lange her, zieht da nicht: Wenn es fürs Abschreiben keine Verjährung und keine Gnade gibt, dann darf es auch keine Verjährung und keine Gnade für schlampig arbeitende Professoren geben. Doch in dieser Hinsicht scheint an den Hochschulen noch der Geist der alten Ordinarienherrlichkeit zu wehen: Fehler machen immer nur die anderen.

Noch einer anderen Frage müssen sich die Hochschulen stellen: Wollen sie weiterhin abwarten, ob selbst ernannte, parteipolitisch motivierte Vorkämpfer für die „Reinheit der Wissenschaft“ ihnen neue Oper zuführen? Oder müssten die Hochschulen nicht selber – stichprobenartig – alte Dissertationen mit den heutigen technischen Möglichkeiten überprüfen. Wenn zwei Dutzend Internet-Aktivisten zahlreiche Dissertationen nebenbei sichten können, müsste das den Hochschulen mit ihren riesigen Apparaten auch möglich sein.

Universitäten, die erst dann aktiv werden, wenn sie von außen auf Plagiatsfälle aufmerksam gemacht werden, machen sich nicht nur unglaublich. Sie drohen zu unfreiwilligen Helfershelfern von Kriminellen zu werden. In Frankfurt versuchte jetzt ein Mann, der sich als „Vroniplag“-Aktivist ausgab, einen leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank zu erpressen: Er habe Fehler in seiner Dissertation entdeckt, werde aber auf eine Veröffentlichung verzichten, wenn er bei der Bank fest angestellt werde. Der Banker tat das einzig Richtige: Er zeigte den mutmaßlichen Erpresser an.

Der Fall zeigt: Die Hochschulen können sich beim Aufspüren von wissenschaftlichen Plagiaten nicht länger nur passiv verhalten. Bisher waren sie gezwungen, ein parteipolitisches Spiel mitzuspielen. Dass in Zukunft auch noch Kriminelle mit Hilfe der Universitäten ihre Ziele erreichen, ist eine unerträgliche Vorstellung. ▲

**„Die Universität Düsseldorf war befangen“, meint der ehemalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaften, Prof. Ernst Ludwig Winnacker. Er fordert bei Zweifel an Doktorarbeiten eine unabhängige Clearingstelle.**



Foto: Laurence Chaperon

**Dr. Hugo Müller-Vogg** arbeitet als Publizist in Berlin, u. a. als Kolumnist für BILD. Mehr über und von ihm unter [www.hugo-mueller-vogg.de](http://www.hugo-mueller-vogg.de)

Anzeige

Über Werbeagenturen gibt's ja 'ne Menge Vorurteile...



... die meisten stimmen, lernen Sie uns kennen: [www.nbbkommunikation.de](http://www.nbbkommunikation.de)



NBB Kommunikation GmbH  
Münchens Agentur für Werbung, Public Relations,  
Verkaufsförderung, Media, Design & Web

**NBB**  
Kommunikation

# Kurz gemeldet



## Zum Golde drängt...

Aktien bleiben bei den Deutschen weiterhin nur mäßig beliebt. Gefragt nach ihren Anlagewünschen, falls sie 2013 einen größeren Geldbetrag zur Verfügung hätten, nannten nur 18 Prozent Aktien, die damit auch weiterhin deutlich hinter Festgeld (45) und Tagesgeld (42) zurückbleiben. Gegenüber 2012 legten Aktien nur um ein mageres Prozent zu. Deutlicher Sieger gegenüber dem Vorjahr sind Immobilien, die von 17 auf 46 Prozent und damit an Spitze stiegen. Und sahen im vergangenen Jahr nur 9 Prozent in Gold ihre bevorzugte Anlageoption, so haben sich die Gold-Freunde auf 30 Prozent mehr als verdreifacht. Die repräsentative Umfrage des Bankenverbandes ergab auch, dass von den Deutschen, die 2012 einen nennenswerten Geldbetrag angelegt haben, jeder Zweite (52 Prozent) mit der Wertentwicklung seiner Anlage zufrieden ist. Auch von Altersarmut keine Spur: Unter den Befragten, die im Vorjahr nennenswert angelegt haben, liegen die über 60-Jährigen mit 63 Prozent deutlich über den Durchschnitt (54) und den 18- bis 39-Jährigen (47). Risiken will kaum einer eingehen: 86 Prozent können sich nicht vorstellen, für mehr Rendite in riskante Anlagen zu investieren. ■

Foto: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.



## Präsidenten-Wechsel

Dem Mann der Brille folgt der Mann der Heizung: Nach 15 Präsidenten-Jahren bei den bayerischen Arbeitgeberverbänden übergibt Prof. Randolph Rodenstock (li.) den Präsidenten-Stab an Alfred Gaffal. „Es ist Zeit zum Stabwechsel“, begründet Rodenstock seinen Abschied. Der neue Arbeitgeber-Präsident kann auf ein erfolgreiches Lebenswerk zurückblicken: Als er 1973 die Leitung der Wolf GmbH in Mainburg übernahm, erwirtschaftete der Hersteller von Heizungs-, Lüftungs-, Klimatechnik (inzwischen auch Solar) drei Millionen Euro Umsatz. Als Gaffal 2011 in den Aufsichtsrat wechselte, war der Umsatz auf 290 Millionen gestiegen. Der niederbayerische Betrieb zählt heute zu den führenden in der Branche, hat 1700 Mitarbeiter und ist in 57 Ländern tätig. Wie auch Rodenstock, übernimmt Gaffal die Doppelfunktion als Präsident sowohl des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V. (vbm) wie auch der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw). Der Stabwechsel findet bei einem Festakt am 11. März statt. ■



## Rheinische Wittelsbacher

Als der Staufer Friedrich I. im Jahr 1214 die vormals welfische Pfalzgrafschaft am Rhein an den bayerischen Herzog Ludwig I. übertrug, begann eine 600 Jahre währende Geschichte der Wittelsbacher in gleich zwei bedeutenden Fürstentümern des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Ein umfangreicher Band über „Die Wittelsbacher und die Kurpfalz im Mittelalter – Eine Erfolgsgeschichte“ (Verlag Schnell+Steiner, Regensburg, 408 S., 29,95 €) bildet den Auftakt zu der Ausstellung „Die Wittelsbacher am Rhein“, die in Mannheim im Herbst im Reiss-Engholm-Museum und im dortigen Barockschloss eröffnet wird. Im kommenden Jahr widmet das Haus der Bayerische Geschichte die Landesausstellung in Regensburg ebenfalls den Wittelsbachern: Diesmal geht es um „Kaiser Ludwig der Bayer“, Herzog in Oberbayern und Pfalzgraf am Rhein, der 1328 zum Kaiser gekrönt wurde. Über viele Jahrhunderte war er als erster Wittelsbacher auf dem Kaiserthron und als Förderer der Städte eine Identifikationsfigur der bayerischen Geschichte. ■



Foto: Pro Sieben / Willi Weber

## An die Jugend denken

Überraschender Vorschlag von Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber: Wenn wenige Wochen vor der Bundestagswahl CDU-Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Herausforderer Peer Steinbrück sich beim traditionellen TV-Duell gegenüberstehen, könne er sich „gut vorstellen“, dass der Entertainer Stefan Raab als Vertreter der Sendergruppe ProSiebenSat.1 mitmoderiert. Sein Anliegen sei, „wieder mehr junge Menschen mit Politik in Verbindung zu bringen“. Da liege es nicht fern, auch an Moderatoren zu denken, die die Jugend erreichen, meint Stoiber, der 2002 mit SPD-Kanzler Gerhard Schröder selbst in zwei Kandidaten-Duellen stand. Hintergrund für den Vorstoß ist die wachsende Zahl der Nichtwähler, die sich innerhalb von drei Bundestagswahlen fast verdoppelt hat, und eine Forsa-Umfrage über die wachsende Entfremdung zwischen Politik und Bürgern. „Besonders die Jüngeren verabschieden sich zunehmend von der Politik“, meint der CSU-Ehrenvorsitzende. „Damit können wir uns nicht abfinden, sonst bekommt unsere Demokratie ein ernstes Problem.“ Den Sat.1-Moderator Raab vorzuschlagen, fiel Stoiber sicher nicht schwer: Er ist Beiratsvorsitzender der Münchner ProSiebenSat.1 Media AG. ■

## Denkste:

„Camerons Analyse stimmt doch. Europa insgesamt verliert seit Jahren an Wettbewerbsfähigkeit, es ist zunehmend gespalten, es reagiert viel zu träge auf jede Herausforderung, es verliert bedrohlich die Zustimmung seiner Bürger. Da von mehr Europa zu reden, ist wirklich gewagt. Das möchte ich sehen, wenn etwa die Wirtschaftspolitik für Deutschland von der längst vorhandenen Mehrheit jener Länder bestimmt würde, die auf diesem Feld – nun ja – nicht gerade erfolgreich waren.“ *ARD-Brüssel-Urgestein Rolf-Dieter Krause in den Tagesthemen über die Europa-Rede des britischen Premierministers David Cameron* ■

# Zu schwach dosiert

Auch das neue Patientenrecht hat noch gravierende Mängel



Hansjörg Geiger

Versehentlich das falsche Bein amputiert, nach der Operation eine 16 Zentimeter lange Klemme im Bauch vergessen: Nur selten sind medizinische Behandlungsfehler so gravierend, doch sie sind alltäglich. Für das Jahr 2007 schätzt der „Sachverständigenrat zur Entwicklung des Gesundheitswesens“ 340.000 bis 720.000 Behandlungsschäden allein in Krankenhäusern, 175.000 davon durch Behandlungsfehler verursacht, circa 17.000 Patienten sterben daran. Das ist ein Mehrfaches der jährlichen Toten im Straßenverkehr. Angesichts dieser Fakten ist es dringend notwendig, die Patientenrechte zu stärken. Das Ende vergangenen Jahres verabschiedete Gesetz schlägt den richtigen Weg ein, geht aber längst noch nicht weit genug. →

Im Sommer 2008 erfährt Dr. Fritz H. in einer Münchner Klinik eine erschütternd Diagnose: Ein schweres Karzinom in der Lunge, das bereits zahlreiche Metastasen gebildet habe und nicht therapierbar sei. Gleichwohl wird ihm eine Chemotherapie empfohlen, der er sich unter dem Eindruck der schlimmen Diagnose unterzieht. Doch bald treten massive neurologische Ausfallerscheinungen auf, die bis heute unvermindert anhalten und ein normales, selbständiges Leben ohne fremde Hilfe unmöglich machen. Inzwischen ist der Patient überzeugt, dass die damalige Diagnose falsch und demzufolge die belastende Chemotherapie unnötig waren. Andernfalls, so meint er, würde er nicht mehr leben. Die Lunge, wo der Krebs vermutet worden war, sei völlig beschwerdefrei.

Fritz H. will nun die damalige Diagnose, die ihm und seiner Familie so viel Leid gebracht hat, von einer unabhängigen Stelle begutachten lassen. Dazu braucht er als erstes die damaligen Patientenakten, auf deren Herausgabe er nach ständiger Rechtsprechung einen Anspruch hat. Doch darum bemüht er sich bislang vergebens. Seinen ersten Versuch über die Schiedsstelle der Landesärztekammer wies die Klinik mit dem Hinweis zurück, er hätte sich zuvor um ein Gespräch mit der Klinik bemühen müssen; ein wirklich lebensfremdes Argument. Nun soll er vorab einen Vorschuss zahlen, erfährt aber nicht wie viel und an welche Stelle. Was Fritz H. widerfuhr, ist beileibe kein Einzelfall.

Kommt es bei einer medizinischen Behandlung zu Problemen, die beim Patienten oder seinen Angehörigen den Verdacht von Behandlungsfehlern erwecken, muss das Recht den Wunsch nach Klärung unterstützen und dafür Lösungen anbieten. Damit die Bürger dieses Recht als gerecht empfinden können, muss es transparent sein. Hieran mangelt es aber derzeit bei der rechtlichen Bewältigung von Medizinerschäden.

Das für die Patienten maßgebliche Recht ist nicht einheitlich in einem Gesetz geregelt, sondern findet sich in verschiedenen Regelungen zersplittert und beruht teilweise auf Richterrecht, also ungeschriebenem Recht. Zudem ist es für Patienten oft schwierig, selbst berechtigte Ansprüche erfolgreich in angemessener Zeit durchzusetzen. Für alle Verfahrensbeteiligten, aber insbesondere für geschädigte Patienten und deren Angehörige, die ohnehin an gesundheitlichen Einschränkungen, Verlust oder Trauer zu leiden haben, bedeutet dies eine inakzeptable Belastung.

Das Bemühen um mehr Patientensicherheit ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. In Deutschland hat etwa das Aktionsbündnis für Patientensicherheit e.V. erheblich dazu beigetragen, das Bewusstsein für diese Thematik zu stärken. Auch andere Organisationen, wie etwa die „Alexandra-Lang-Stiftung für Patientenrechte“, widmen sich dieser Aufgabe mit Nachdruck. Vorrangig geht es darum, dass geschädigte Patienten wenigstens eine faire Chance bekommen, zeitgerecht feststellen zu lassen, ob sie Opfer eines medizinischen Fehlers geworden sind und sie dann auch Schadenersatz erhalten.

Eine oft unüberwindliche Hürde bei sogenannten Arzthaftungssachen ist die Beweislast, die beim Geschädigten liegt. Vor allem Patienten, die wegen eines Behandlungsfehlers einen schweren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, haben in aller Regel besondere Schwierigkeiten, die erforderlichen Beweise dafür zu erbringen, dass ein Behandlungsfehler an ihnen begangen worden ist und – noch schwieriger nachzuweisen – dass dieser Fehler konkret für den bei ihnen eingetretenen Gesundheitsschaden ursächlich ist. Das Wissen um das tatsächliche Geschehen bei der Behandlung oder bei einer Operation liegt aber ausschließlich beim medizinischen Personal, der kranke und bei Operationen betäubte Patient weiß meist nichts Genaues.

**2011 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in deutschen Krankenhäusern 15 373 497 Operationen vorgenommen. Rein statistisch wird jeder vierte Bundesbürger mindestens einmal im Jahr operiert.**



So werden Arzthaftungsprozesse für schwer geschädigte Patienten oft ein Vabanquespiel, das sich nicht selten über zehn und mehr Jahre hinzieht. Das ist für die betroffenen Patienten anders als für die auf der Gegenseite stehenden Versicherungsunternehmen ein unzuträglicher Zustand. Die Opfer sind nicht nur physisch, sondern wegen der Folgen der Gesundheitsschäden oft auch psychisch angeschlagen. Dazu kommen finanzielle Schwierigkeiten, wenn der Beruf gar nicht mehr oder nur noch eingeschränkt ausgeübt werden kann. Auch deshalb ist der geschädigte Patient in einer schlechten Verhandlungsposition. Und weil es in aller Regel um hohe Streitwerte geht, wird meist hart gekämpft.



Das alles wiederum hat zur Folge, dass viele geschädigte Patienten den Gang zu Gericht von vorneherein scheuen. Manche finden sich mit Vergleichen ab, die dem erlittenen Schaden nicht angemessen gerecht werden, nur um das seelisch und finanziell belastende Verfahren zu beenden. Andere geben die Verfolgung ihrer Ansprüche vorzeitig entnervt auf. Oft drängt sich der Eindruck auf, die beklagten Versicherungen und Kliniken philibusterten ganz bewusst, um die Patienten „mürbe“ zu machen. Zudem wird es bei über Jahre verschleppten Gerichtsverfahren zunehmend schwieriger, klare Beweise, etwa durch überzeugende Zeugenaussagen, vorzulegen. Die Zeit arbeitet also „juristisch“ gegen die klagenden Patienten. Zügige Kompensation eines eingetretenen Schadens ist daher von großer Bedeutung.

Zeigen sich im Gefolge einer medizinischen Behandlung Gesundheitsschäden, bedürfen Patienten also im besonderen Maße der Solidarität und des Schutzes. Zwar hat sich zwischenzeitlich das Arzthaftungsrecht zu einem in vielerlei Hinsicht selbständigen Rechtsgebiet entwickelt, und die Rechtsprechung hat im Wege der richterlichen Rechtsfortbildung gerade zum Schutz der Patienten einzelne Beweiserleichterungen bis zur Umkehr der Beweislast ermöglicht. Das derart modifizierte Recht wird aber gerade dadurch immer detaillierter und auch für die betroffenen Ärzte, Rechtsanwälte und Richter zunehmend unübersichtlicher. Mangelnde Transparenz erschwert im Zweifelsfall eine sachgerechte Rechtsverfolgung.

Rechtliche Abhilfe kann daher nur mit einer grundlegenden Klärung des Arzt-Patientenverhältnisses gefunden werden. Der Bundestag hat nun ein Gesetz zur Verbesserung der Rechte von

Patientinnen und Patienten verabschiedet. Mit diesem ersten wichtigen Schritt wird ein Anfang gemacht, gesetzgeberische Defizite beim Patientenschutz abzubauen. So werden beispielsweise die Ärzte verpflichtet, auf Fragen der Patienten nach eventuell begangenen Behandlungsfehlern diese gegebenenfalls einzuräumen. Auch erhalten Patienten einen eindeutigen Anspruch auf Einsicht in ihre Patientenakte und auf Herausgabe von Kopien. Dies verdient Anerkennung. Gleiches gilt hinsichtlich einiger neuer Regelungen zum Sozialgesetzbuch, etwa bezüglich der Pflicht für Krankenkassen, ihre Versicherungsnehmer in Fällen von medizinischen Behandlungsfehlern zu unterstützen.

Allerdings muss sich das Gesetz an den selbst gesetzten Zielen messen lassen, „Patientinnen und Patienten sowie Behandelnde auf Augenhöhe“ zu bringen und „die tatsächliche Durchsetzung dieser Rechte zu verbessern“, ist im Gesetzes-Prolog zu lesen. Ein weiteres Ziel lautet: Ein Patientenrechtegesetz muss die heute bekannten wesentlichen Defizite im Rechtsverhältnis zwischen Behandelnden und Patienten abbauen. Leider fehlen aber wichtige und von Fachleuten geforderte Regelungen. Vielfach bleibt es lediglich bei einer Kodifizierung der aktuellen Rechtsprechung. Doch damit wird das selbst gesetzte Ziel verfehlt.

Kranke, also hilfsbedürftige Patienten, sind für den Arzt in aller Regel keine Vertragspartner, die auf „gleicher Augenhöhe“ verhandeln können. Diese Ungleichheit muss ausgeglichen werden. Dazu gehören etwa Erleichterungen bei der Beweisführung für die Patienten. Aber gerade wichtige Verbesserungen bei der Verteilung der Beweislast fehlen leider im neuen Gesetz. Und selbst dort, wo im Interesse der Patientinnen und Patienten begrüßenswerte ausdrückliche Pflichten für die Ärzte vorgesehen sind, wird nicht immer klar, welche Folgen eine Missachtung dieser Verpflichtungen durch die Ärzte nach sich zieht. So fehlen Sanktionen, wenn die Einsicht in die Patientenakte nicht zeitgerecht gewährt oder die vollständige Herausgabe deren Kopien verweigert oder die Frage nach etwaigen Behandlungsfehlern unwahr beantwortet wird.

Noch schmerzlicher ist, dass im neuen Gesetz eine unbürokratische Lösung zur schnelleren Klärung streitiger Fälle fehlt. Dazu böte sich an, einen Patientenentschädigungsfonds einzurichten, aus dem zügig finanzielle Hilfe an geschädigte Patienten gezahlt werden könnte. Der Beauftragte der Bundesregierung für Patientinnen und Patienten, der CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zöllner, hat einen solchen Fonds, der in Österreich seit Jahren erfolgreich arbeitet, empfohlen, doch der liberale Koalitionspartner versagte sich leider einer derartigen Lösung. Auch deshalb ist weiterhin der Einsatz für wirksamere Patientenrechte dringend notwendig. ▲

**Seit 2005 in Krankenhäusern nach Fallpauschalen abgerechnet wird, ist die Zahl der Operationen um fast 25 Prozent gestiegen. Vor allem bei Eingriffen mit hohen Erlösen wie Herzklappenersatz oder Knie-, Hüft- und Wirbelsäulenoperationen. Kliniken hätten wenig Interesse, lukrative Operationen zu vermeiden, vermuten Experten.**



**Prof. Dr. Hansjörg Geiger**, 1942 im mährischen Brünn geboren, studierte in München Jura und begann seine Karriere in der Bayerischen Staatskanzlei. Ab 1990 baute er mit Joachim Gauck die Stasiunterlagen-Behörde auf, war Präsident des Bundesnachrichtendienstes wie des Bundesverfassungsschutzes und Staatssekretär im Bundesjustizministerium im ersten Kabinett Schröder. Geiger ist Vorstand der Alexandra-Lang-Stiftung für Patientenrechte



# Kalkuliert risikofreudig

**Alexandra Schörghuber macht das Münchner Unternehmen zukunftsfest**

Marianne E. Haas

Sie sieht gut aus, ist charmant, herzlich, offen – und vor allem geschäftstüchtig. Alexandra Schörghuber ist ein Mensch, den man einfach mögen muss. Wie tüchtig und stark die heute 54 Jahre alte gelernte Hotelkauffrau tatsächlich ist, zeigte sich 2008 nach dem plötzlichen Tod ihres Mannes Stefan, mit dem sie 20 Jahre verheiratet war. Praktisch über Nacht wurde die Mutter von drei Kindern (heute 18, 21 und 23) Chefin von fast 6500 Mitarbeitern und eines Konzerns, den ihr Schwiegervater Josef Schörghuber, der „Vater des Arabellaparks in München“, seit 1954 aufgebaut hatte und der nach dessen Tod 1995 von ihrem Mann weitergeführt wurde.

Der Schörghuber-Konzern ist mittlerweile internationaler tätig und umfasst die Geschäftsbereiche Brauereien, Immobilien, Hotels und seit einigen Jahren auch Seafood. Er erwirtschaftete einen Umsatz von deutlich über einer Milliarde Euro und erzielte einen Gewinn von 118 Millionen. Zahlen, die man erst seit 2011 kennt, als Alexandra Schörghuber erstmals in der Firmengeschichte einen Geschäftsbericht veröffentlichte. Um Neidern gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen, sagt Alexandra Schörghuber: „Nur wer Gewinne erwirtschaftet, kann durch Investitionen den Fortbestand seines Unternehmens sichern, seine Mitarbeiter weiter beschäftigen und neue Arbeitsplätze schaffen.“

Nur neun Stunden, nachdem Stefan Schörghuber einem Herzinfarkt erlegen war, gab sie mit ihren Kindern vor der tief betroffenen Belegschaft ein klares Bekenntnis zum Fortbestand des Familienunternehmens ab, auch wenn sie noch nicht wusste, an welchen Stellschrauben gedreht werden musste. „Aber es geht weiter, habe ich ihnen versichert. Denn ich bin ein Typ, der auch in schwierigen Situationen nach vorne schaut“, sagt sie bescheiden und entschlossen zugleich. Geholfen hätten ihr damals vor allem die unglaubliche Solidarität der vielen Mitarbeiter und die Tatsache, dass es ihr sehr leicht falle, auf Menschen zuzugehen. Ganz wichtig sei jedoch gewesen, dass ihr Mann sie in all den Jahren stets in alle geschäftlichen Vorgänge einbezogen und seine

Pläne mit ihr besprochen habe. „Ich war diejenige, bei der er ungefiltert seinen Gedanken freien Lauf lassen konnte. Ob ich immer ein richtiger Ratgeber war, ist eine andere Sache. Für uns war der Austausch über unser Unternehmen immer wichtig. Ich wurde also nicht ins kalte Wasser geworfen.“ Er habe ihr immer gesagt, für den Fall, „dass etwas passieren sollte“, habe er einen Brief hinterlegt, in dem alles klar geregelt sei. „Und so war es auch. Ich hatte einfach einen tollen Mann.“ Daher habe es nach seinem Tod auch keinerlei familiäre Unstimmigkeiten gegeben.

Alexandra Schörghuber war sofort klar, dass sie nicht in die Fußstapfen ihres Mannes treten wollte, der zum Schluss die ganze Bürde des operativen Geschäftes praktisch alleine getragen hatte. „Das ist einfach zu viel für einen einzelnen Menschen, das hat ihn schwer mitgenommen.“ Sie wollte Manches anders organisieren und holte den früheren Finanzvorstand Klaus N. Naeve ins Unternehmen zurück, der nach seinem Ausscheiden weiterhin als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer für Schörghuber tätig gewesen war. Mit ihm strukturierte sie den Konzern um. Naeve wurde Vorstandsvorsitzender, sie Vorstandsmitglied, allerdings ohne eigenes Ressort. Zugleich ist sie Aufsichtsratsvorsitzende der Schörghuber Stiftung & Co. Holding KG, die den Vorstand kontrolliert. Damit finden, wie sie sagt, die Belange der Familie direkte Berücksichtigung bei allen Entscheidungen,

Fortsetzung Seite 22 →



Kulmbach ist die Zentrale für das Brau-Engagement von Schörghuber in Franken.

## Der Bau



1954 gründet Josef Schörghuber die KG Bayerische Hausbau. Nachdem der begeisterte Flieger bei einem Flug über München große Flächen im Osten der Stadt entdeckte hatte, erwarb er dort Wiesengrundstücke und baute dort ab 1965 den Arabellapark. Damit begann sein Aufstieg zu einem der größten Bauunternehmer in Bayern. Inzwischen baut das Unternehmen in ganz Deutschland, allein in München sind 3400 neue Wohnungen geplant. Jüngster Erwerb: das HVB-Forum in München (Bild).

## Das Bier



Paulaner, Kulmbacher, Würzburger Hofbräu oder Fürstenberg – die Schörghuber Unternehmensgruppe ist mit jährlich über fünf Millionen Hektolitern einer der größten deutschen Brauer. Die insgesamt zwölf Brauereien (und ein Mineralbrunnen) sind in der Brau Holding International gebündelt, einem Joint Venture mit Heineken, bei dem Schörghuber die Mehrheit von 50,1 Prozent hält. In München steht ein Großprojekt bevor: Außer der Verwaltung zieht die Brauerei vom Nockherberg an den Stadtrand.

## Die Hotels



Der Hotelbereich begann 1969 mit der Eröffnung des Arabella-Hotels in München-Bogenhausen. Mittlerweile sind fast zwei Dutzend Häuser in Deutschland, Österreich, der Schweiz und auf Mallorca in der Arabella Hospitality vereint, sie erwirtschaften einen Jahresumsatz von knapp 220 Millionen Euro. Traditionshäuser wie der Elephant in Weimar (Bild) sind ebenso dabei wie das Westin Grand in Frankfurt. Die US-Hotelkette Starwood Hotels & Resorts, ein langjähriger Partner übernimmt das Management.

## Der Fisch



Erst 2011 kam Seafood als vierter und jüngster Unternehmensbereich zu Schörghuber. An der 1989 gegründeten chilenische Lachsfabrik Productos del Mar Ventisqueros S.A. hatte sich Alexandra Schörghuber 2001 private engagiert, das starke Wachstum ließ die Farm vor zwei Jahren zum neuen Konzern-Teil werden. Bei Ventisqueros wächst der Fisch vom Ei bis zur „Erntereife“ heran. Jährlich werden vor Ort rund 20 000 Tonnen Atlantik- und Pazifiklachs sowie Lachsforellen verarbeitet.



# ELEGANZ, NEU D

Erleben Sie kultivierte Sportlichkeit wie nie zuvor: Das erste viertürige Coupé von BMW hat den Anspruch, Athletik und Eleganz harmonisch zu vereinen. Das beginnt schon beim Einsteigen: Es ist einfach ein besonderes Gefühl, das großzügige Cockpit zu genießen, das edle Interieur zu betrachten. Im Zusammenspiel mit der einzigartigen Fahrwerkstechnik und dem kraftvollen Motor mit seinen wahlweise sechs oder acht Zylindern wird so jede Fahrt mit dem BMW 6er Gran Coupé zu einem unvergesslichen Erlebnis.

## DAS BMW 6er GRAN COUPÉ IN IHRER BMW NIEDERLASSUNG MÜNCHEN.

### BMW Niederlassung München

[www.bmw-muenchen.de](http://www.bmw-muenchen.de)

Hauptbetrieb  
Frankfurter Ring 35  
80807 München  
Telefon 089 / 35 35 - 10

Filiale Trudering  
Kreillerstraße 217-219  
81825 München  
Telefon 089 / 35 35 - 30

Filiale Solln  
Drygalski-Allee 35  
81477 München  
Telefon 089 / 35 35 - 50

Filiale Fröttmaning  
Werner-Heisenberg-Allee 10  
80939 München  
Telefon 089 / 35 35 - 80

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 9,2-5,5 l/100km. CO<sub>2</sub>-Emission kombiniert: 215-146 g/km.  
Als Basis für die Verbrauchsermittlung gilt der ECE-Fahrzyklus.



BMW  
Niederlassung  
München

[www.bmw-muenchen.de](http://www.bmw-muenchen.de)



Freude am Fahren

# EFINIERT.

**BMW EfficientDynamics**  
Weniger Verbrauch. Mehr Fahrfreude.

„Ich hab’ das Rad nicht neu erfunden“: Alexandra Schörghuber im Gespräch mit *Peutinger*-Mitarbeiterin Marianne Haas.



die so auch rascher getroffen werden könnten. „Das heißt, ich bin in alle Entscheidungen des Vorstands involviert und letztendlich auch im Stiftungsrat, der sie ablehnen oder absegnen muss.“ Ganz wichtig war für sie dabei eine hochrangige Besetzung des Stiftungsrates mit honorigen, vertrauenswürdigen Persönlichkeiten. Den Fokus des Unternehmens legt Alexandra Schörghuber wie bisher auf die großen Bereiche Hotel, Getränke sowie Bauen und Immobilien, die weiter profitabel wachsen sollen. Lediglich das Flugzeug-Leasing wurde aus strategischen Gründen aufgegeben. „Ich hab’ das Rad nicht neu erfunden, sondern nur geschaut, welches System für mich das sinnvollste ist“, sagt sie.

Die Brau Holding International ist ein Joint Venture der Schörghuber-Unternehmensgruppe (50,1 Prozent) mit Heineken (49,9 Prozent). Mit zwölf Brauereien in Süddeutschland – unter anderem mit der Paulaner- und der Kulmbacher-Gruppe – steht der größte Geschäftsbereich für vielfältige Bierkultur und Brautradition. Der Bierabsatz inklusive alkoholfreier Getränke ist 2011 um 0,7 Prozent auf 6,1 Millionen Hektoliter gestiegen. Mit einem Exportumsatz von knapp 590 Millionen Euro nähert sich dieser dem Eine-Million-Hektoliter-Absatz. In diesem Geschäftsbereich stehen aber auch große Investitionen an, wenn die Paulaner-Brauerei vom Münchner Nockherberg an den Stadtrand nach

Langwied umzieht. Nur die Verwaltung bleibt auf dem traditionsreichen Gelände – und natürlich der promi- und promillereiche Starkbieranstich mit dem deftigen Politiker-Derblecken. Auf dem Rest der Fläche entsteht ein zirka zehn Hektar großes neues Stadtviertel mit Büros und Wohnungen.

Neben den Brauereien verfügt der Konzern in Deutschland über zahlreiche Immobilien in bester Lage sowie über Baugesellschaften wie die Hanse Haus und die Bayerische Hausbau. Letztere wird in den nächsten Jahren allein in München rund 3400 Wohnungen errichten. Daneben gibt es 22 Hotels, weitere sind im Bau. Sie werden vom Partner Starwood umsorgt. Als besondere Perle sieht Alexandra Schörghuber Schloss Pichlarn, ein Fünf-Sterne-Verwöhnhotel in der Steiermark.

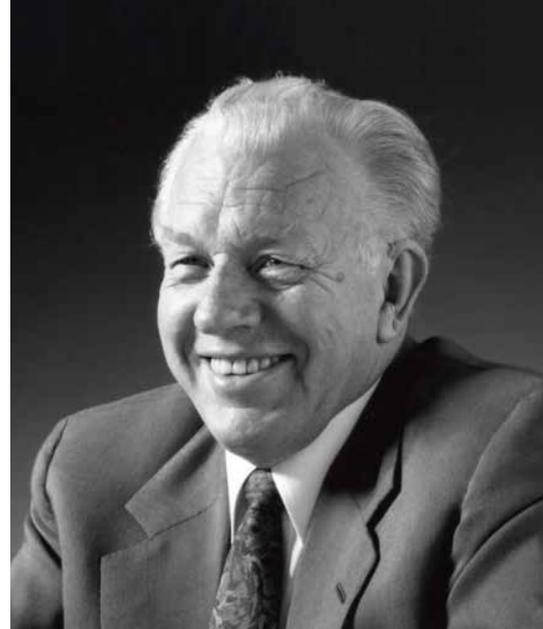
Neben dem Konzern gibt es einen privaten Familienbereich, der gebündelt ist in der Blue Lion GmbH und zu dem die Bergbahnen am Spitzingsee und am Brauneck sowie die dortigen Hotels gehören, aber auch die Bavaria Parkgaragen, ein Weingut in Südafrika und das Gut Kaltenbrunn am Tegernsee, wo sie seinerzeit ihren Mann Stefan kennenlernte.

Auch für neue Wachstumsfelder ist die 54-Jährige aufgeschlossen – so wie es ihr Schwiegervater und ihr Mann stets gewesen sind. Und das, obwohl der Konzern bereits mehr als 100 Tochtergesellschaften zählt und die vergangenen Krisenjahre auch an diesem Unternehmen nicht spurlos vorüber gingen. Nicht nur in dieser Zeit, sondern in der Regel verzichtet sie auf Ausschüttungen: „Das fiel mir nicht schwer. Meinem verstorbenen Mann und meinem Schwiegervater ging es immer darum, das Geld in der Firma zu halten und Gewinne zu reinvestieren.“ Im Übrigen sei das Unternehmen nie gefährdet gewesen, dafür sorgte auch eine stets hohe Eigenkapitalquote, die heute bei gut 40 Prozent liegt. Wie das Unternehmen in zehn Jahren aussehen wird, ist ihr allerdings noch nicht ganz klar, dazu brauche sie noch mehr Zeit, meint sie.

Ob das alles nicht ein bisschen viel für sie ist? „Keine Sorge: Ich schaffe das schon und ich bin

310 000 Euro für Münchner Kinder: Alexandra Schörghuber überreicht Oberbürgermeister Christian Ude einen Scheck. Geld, das Kindern aus armen Familien Ferien ermöglicht.





kalkuliert risikofreudig.“ Alexandra Schörghuber lächelt. Schließlich habe sie ja schon früh einige unternehmerische Erfahrungen gesammelt. Obwohl sie sich bis zum Tod ihres Mannes eigentlich nur um die Erziehung der Kinder kümmerte, habe sie nebenher ihre eigenen Beteiligungen geleitet. Nachdem die Kinder aus dem Größten heraus waren, wollte sie etwas Eigenständiges, etwas Größeres machen. Ihr Blick fiel auf Chile. Dort hatte ihr Schwiegervater im Süden des Landes ein Gut gekauft. Ihr Mann beobachtete, wie ein befreundeter Biologieprofessor mit seiner Lachszucht in Puerto Montt in finanzielle Schwierigkeiten geriet und kaufte sie ihm ab. Als er diese später mangels eigener Pläne abgeben wollte, interessierte sich Alexandra dafür. Zusammen mit einem Partner, der zwischenzeitlich aus Altersgründen ausgeschieden ist, kaufte sie ihrem Mann die Lachsfarm inklusive der wichtigen Wasserrechte ab. „Man braucht ja für die Fischeier und die Aufzucht der Jungfische Süßwasser und für die größeren Fische Salzwasser.“

Ihr Mann half mit Darlehen, als sie begann, Fischfabriken und Kühlhallen zu bauen und neue Mitarbeiter einzustellen. Ihre Zahl ist von damals 60 auf heute rund 1700 gestiegen. „Mein Mann hat immer nur gegrinst, er fand das schräg.“ Trotz einiger Risiken sieht Alexandra Schörghuber gute Perspektiven für die Lachsindustrie im amerikanischen und asiatischen Markt. Die Schörghuber-Lachszucht produziert derzeit jährlich gut 20 000 Tonnen und erwirtschaftet rund 100 Millionen Euro Umsatz. Sie will aber das Geschäft massiv ausweiten, 30 000 bis 40 000 Tonnen erreichen und den Umsatz in wenigen Jahren mindestens verdoppeln. Weil das Lachsgeschäft für den Privatbereich mittlerweile aber zu groß geworden ist, hat sie es in die Stiftung eingebracht.

Die Familie Schörghuber zeigt seit Jahrzehnten auch gesellschaftliche Verantwortung. Ohne großen Wirbel in der Öffentlichkeit förderte Firmengründer und Kunstsammler Josef Schörghuber mit beträchtlicher finanzieller Hilfe das Haus der Kunst in München. Er hatte auch die „Josef-Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder“ gegründet,

die Schwiegertochter Alexandra ein besonderes Anliegen ist. Auch in Erinnerung an den Schwiegervater, dessen Eltern sich keinen Urlaub leisten konnte, weshalb der kleine Josef nur mit der Pfarrei in die Berge fahren konnte. Als er dann der große Schörghuber war mit Brauereien, Hotels und Immobilien, erinnerte er sich an diese Zeit und gab 1995 noch kurz vor seinem Tod drei Millionen D-Mark für eine Stiftung, mit deren Hilfe die auch Kinder aus ärmeren Familien schöne Ferien machen können.

Alexandra Schörghuber hat sich schon früh für diese Stiftung engagiert und will auch weiterhin mit großem persönlichem Einsatz dafür Spenden von Privaten und Firmen einsammeln. „Wir wollen damit weiter unser Ziel verfolgen, dass kein Kind in München aus finanziellen Gründen auf Schulausflüge oder auf Ferien mit Gleichaltrigen verzichten muss.“ Sie nutzt deshalb Veranstaltungen der Schörghuber-Unternehmensgruppe wie beispielsweise den Golf-Cup oder die Arabella-Classics-Oldtimer-Rallye (bei der sie mit ihrem BMW 507 selbst mitfährt), um Geld einzusammeln – immerhin pro Jahr gut 300 000 Euro.

„Wir bewegen andere Menschen zu spenden, denn wir sind die einzige lebende Stiftung in München, bei der sich immer was tut“, ist sie überzeugt. Mit vielen Förderern und Unterstützern sowie mit einem Stiftungskapital von heute 1,9 Millionen Euro ausgestattet, ist die „Stiftung für Münchner Kinder“ die spendenintensivste in der Verwaltung des Münchner Sozialreferats, sagt sie. Seit ihrer Gründung vor 18 Jahren hat sie die Ferien von 68 500 Kindern mit rund 2,7 Millionen Euro unterstützt.

Dass bei all diesen Engagements relativ wenig Zeit für Freizeitaktivitäten bleibt („Ich bin zwar nur täglich von 9 bis 15 Uhr im Büro, aber 24 Stunden ansprechbar“), stört Alexandra Schörghuber wenig. Schließlich will sie ihren Kindern den Familienkonzern erhalten, bis diese ihre Ausbildung abgeschlossen und ihre berufliche Entscheidung getroffen haben. „Zwang gibt es bei mir nicht“, sagt sie, zumal sie noch „viele Räder“ drehen will, bis die Struktur des Konzerns ihren Vorstellungen entspricht. ▲

Frohgelaut konnte Josef Schörghuber (r.) auf den Erfolg seines Schaffens blicken: Wo zu Baubeginn 1965 noch Schafe weideten, entstand mit dem Arabellapark ein neues Wohn- und Geschäftsviertel.



**Marianne E. Haas** berichtet seit mehr als 30 Jahren über die bayerische Wirtschaft. Die freie Journalistin betreut Finanz-Sonderseiten des Süddeutschen Verlages und moderiert Wirtschaftsthemen in bayerischen Privatsendern.

# Das grüne Subventions- Monster

Die Energiewende – eine trübe Zwischenbilanz

Otto Wiesheu

Die Energiepolitik ist kein Bereich wie andere Politikfelder. Sichere, preiswerte und klimafreundliche Energieversorgung ist die Grundlage für den Industriestandort Deutschland. Ohne eine verlässliche, preiswerte und umweltfreundliche Energieversorgung kann der Industriestandort seine Kraft nicht entfalten und erhalten. Von der industriellen Leistungsfähigkeit unseres Landes leben wir in hohem Maße. Ein Blick nach England oder den USA zeigt, wie gravierend sich Fehler in der Industriepolitik auswirken.

In Bayern war eine günstige Energieversorgung, wie sie in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durchgesetzt worden ist, Voraussetzung für den industriellen Aufschwung. Der Freistaat war bei der Kohle ein revierferner und beim Öl ein küstenferner Standort. Die teure Abhängigkeit von der Kohle wurde in der Zeit von Wirtschaftsminister Otto Schedl durch den Bau der Erdölpipelines von Triest und Genua nach Ingolstadt und die Errichtung der dortigen Raffinerien beseitigt. Nach den beiden Ölpreisexplosionen Anfang der 70er und 80er Jahre haben Franz Josef Strauß und der damalige Wirtschaftsminister Anton Jaumann den Bau von Kernkraftwerken vorangetrieben, um eine sichere, preiswerte und klimafreundliche Stromversorgung für Jahrzehnte zu haben.

Bis vor kurzem kamen 60 Prozent der Stromversorgung in Bayern aus Kernkraftwerken. Ohne diese fundamentalen Entscheidungen wäre der Aufstieg Bayerns zu einem der besten Wirtschafts- und Industriestandorte in Deutschland und Europa nicht möglich gewesen. Das muss man sich vor Augen halten, um die Bedeutung der Energiewende für die Zukunft des Industriestandortes und damit für die Zukunft von Wachstum, Arbeitsplätzen und Einkommenssicherung Bayern und in Deutschland bewerten zu können.

Bis 2022 gehen in Bayern 6500 Megawatt installierte Leistung bei den fünf Kernkraftwerken verloren. Die installierte Leistung bei den Kernkraftwerken steht an 8000 Volllaststunden zur Verfügung – von 8700 möglichen. Bei Onshore-Wind sind es nur 2000,

bei der Solarenergie gerade noch 1000 Stunden. Die installierte Leistung bei der Kernenergie durch Wind- und Solarenergie ersetzen zu wollen, bedeutet also ein X-faches an installierter Leistung in diesem Bereich vorzusehen. Dennoch wird die Dauerverfügbarkeit nicht erreicht. Der Wind weht, wann er will, und die Sonne scheint nur während des Tages, wenn sie nicht durch die Wolken verdeckt ist. Speicherkapazitäten, um Solar- oder Windstrom in Überschusszeiten abzuschöpfen und zu Bedarfszeiten ins Netz einzuspeichern, gibt es bisher außer der Minimalkapazität der Pumpspeicherkraftwerke nicht.

Deshalb sind als Ergänzung oder Ersatz für die sichere Stromversorgung allein für Bayern fünf Gaskraftwerke in der Diskussion, die aber nicht wirtschaftlich arbeiten können, weil durch den Vorrang der Stromeinspeisung für die regenerativen Energien diese nur als Ergänzungs- oder Ersatzkraftwerke eingesetzt werden können und damit keine zeitliche Auslastung gewährleistet ist. Weil der Absatz nicht kalkuliert werden kann, lassen sich auch Kosten und Ertrag nicht kalkulieren. Die Biomasse ist zwar einerseits dauerhaft verfügbar, andererseits kann sie die Gesamtkapazität dessen, was an Ausgleichsleistung zur Verfügung stehen muss, nicht erbringen.

Zudem: Zur Sicherheit der Stromversorgung ist der Ausbau der Hochspannungs- und Verteilnetze erforderlich, damit Strom aus dem windreichen Norden in den verbrauchsintensiven Süden transportiert werden kann. Aber: Die regenerativen Energien sind einst propagiert worden als Möglichkeit der dezentralen Energieversorgung: Der Strom soll dort erzeugt werden, wo er auch verbraucht wird. Wäre das ernst zu nehmen, dürfte man keine neuen Hochspannungsleitungen quer durch Deutschland brauchen.

Und wie steht es mit preiswerten und sicheren Energieversorgung? Die vorrangige Einspeisung erneuerbarer Energien und die Subventionierung durch das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) kosten den Stromverbraucher bereits heute rund 20 Milliarden Euro pro Jahr, verpflichtend für 20 Jahre.

Der Ausbau der Wind- und Solarenergie geht bisher ungebremst weiter. Der Vorrang bei der Einspeisung dieser Energien ist gesetzlich festgelegt. Damit steigt auch die dafür zu zahlende Vergütung weiter an. Zugleich aber bleibt der Bestand der konventionellen Kraftwerke für die Sicherheit der Energieversorgung unabdingbar. Wird aber bei den konventionellen Kraftwerken weniger Strom abgenommen, müssen deren Betriebskosten auf diese geringere Strommenge umgelegt werden. Die Konsequenz daraus: Je mehr erneuerbaren Energien produziert wird, desto höher steigt auch der Preis bei den konventionellen Kraftwerken.

Unter diesen Bedingungen werden die notwendigen neuen Gaskraftwerk zunehmend unwirtschaftlich. Die Betreiber verlangen deshalb mittlerweile Deckungskosten für die Bereitstellung der Energie,

nicht für die Stromproduktion. Das Schlagwort „Kapazitätsmarkt“ bedeutet, dass die Fähigkeit zur Stromerzeugung entlohnt wird und nicht die tatsächliche Stromerzeugung.

Dazu kommt die gesetzlich fixierte Verpflichtung, auf Weisung der Regulierungsbehörde alter Kraftwerke für die sichere Stromversorgung wieder in Betrieb zu nehmen. Das sind alte CO<sub>2</sub>-Schleudern, die einst aus ökologischen und auch aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt worden sind.

Zudem muss der EEG-Strom, der erzeugt, aber nicht gebraucht wird, bezahlt werden. Auch der Windstrom, der wegen fehlender Leitungen in der Nordsee nicht abgeleitet werden kann, muss nach dem EEG bezahlt werden, obwohl er bisher keinerlei Wirkung in der Stromversorgung hat. Dazu kommt die rechtlich fixierte Entlohnung von Firmen für den Stromverzicht zu bestimmten Zeiten. Weitere hohe Kosten verursacht der Leitungsbau für EEG-Strom aus dem Norden, der bei der bisherigen Energieversorgung nicht erforderlich war.

Alle diese Kosten werden auf den Stromverbraucher in Privathaushalt und Wirtschaft umgelegt. Wo und wie der Kostenanstieg begrenzt werden kann und soll, ist offen. Die Stromverbraucher in Deutschland sind verpflichtet, für den Strom und die sonstigen Maßnahmen der Sicherung der Stromversorgung die Kosten über die Netzentgelte zu zahlen. Das alles treibt den Preis.

Der Strom, der zu günstigen Preisen weit unter den verrechneten Stromkosten an der Börse angeboten oder zu Negativpreisen ins Ausland verkauft wird, ist in Deutschland bereits mit der EEG-Abgabe beaufschlagt. Die Subventionen sind also vorher bereits bezahlt bei den sogenannten „gefangenen Kunden“. Und dann erfolgt eine Preisbildung für den Überschussstrom am Markt, der deutlich unter dem Subventionspreis liegt. Die privaten Verbraucher und die Firmen mit festen Strombezugsverträgen können dieses Angebot nicht nutzen.

Anfängliche Prognosen bei der Energiewende, dass der Strompreis um maximal 20 Prozent steigen wird, sind heute bereits hinfällig. Die weiteren Kosten sind in ihrer Gänze nicht kalkuliert und in ihrer Auswirkung auf den Strompreis nicht berechnet, vielleicht auch noch nicht berechenbar.

Die bedenkliche Bilanz: Die Energieversorgung wird erheblich teurer und unsicherer, der Strommarkt hat sich zum totalen Subventionsmarkt entwickelt. Noch werden die Auswirkungen auf den Industriestandort Deutschland ausgeblendet. Die Argumentation, dass noch niemand seine Firma abgebaut und ins Ausland verlagert habe, geht daneben. Man muss sehen, wo die großen Neuinvestitionen stattfinden. Verlagerungen vollziehen sich in einem schleichenden Prozess. Die Ergebnisse könnten uns aber alle in einigen Jahren sehr negativ überraschen. Der Industriestandort Deutschland steht zur Diskussion! ▲

**Die Bundesregierung fürchtet massive Strompreiserhöhungen im Herbst und damit ein heißes Thema für den Bundestagswahlkampf.**



**Dr. Otto Wiesheu**, 1944 in Zolling geboren, ist seit 2009 Präsident des Wirtschaftsbeirats der Union in Bayern. Der CSU-Politiker war zwölf Jahre bayerischer Wirtschaftsminister und danach Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn AG.

# Gefährliche Schwankungen

**Instabile Netze durch grünen Strom – Blackout droht**



Manfred Bayerlein

Fukushima, das vor knapp zwei Jahren die Energiewende brachte, ist aus unseren Medien längst verschwunden, in der Politik und in der Realität unseres Landes allerdings setzen sich die Schockwellen dieses Ereignisses unvermindert fort. Der eher unregulierte und unkontrollierte Ausbau regenerativer Stromerzeugung hat bereits zu problematische Konsequenzen geführt. So musste Umweltminister Peter Altmaier unlängst einräumen, dass der Netzausbau, der nötig ist, um den Windkraftstrom vom Norden der Republik in den Süden zu befördern, nicht mithalten könne.

Bei allen ökologischen Vorteilen der regenerativen Energien haben sie einen naturgemäßen Nachteil: Sie sind nicht immer genau dann verfügbar, wenn Industrie und Verbraucher sie benötigen. 8.760 Stunden hat ein Jahr, davon scheinen in Deutsch-

land aber nur an 1.000 Stunden die Sonne, Wind weht an Land 2.000 und offshore auf dem Meer 4.000 Stunden. Mit Wind und Sonne sind Kapazitätsplanungen nur sehr bedingt möglich, sie wehen und scheinen nicht unbedingt im Bedarfsrhythmus

von Wirtschaft und Bevölkerung. Inzwischen ist diese Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage nicht mehr die Ausnahme, sondern der Regelfall. Mit der Folge, dass das Risiko potenzieller Versorgungsengpässe zu Spitzenlastzeiten steigt und gefährliche Spannungsschwankungen im Netz zunehmen. Beides sind existenzielle Bedrohungen für den Industriestandort Deutschland.

Einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieses Problems könnten transeuropäische Netze liefern, die es ermöglichen über nationale Grenzen hinweg Strom zu transportieren und so einen wirklichen europäischen Strommarkt zu schaffen. Die heutigen Verbindungen zwischen den Netzen angrenzender Länder in Europa sind vielfach zu schwach, um die großen Strommengen, die bei regenerativen Energiespitzen auftreten können, Verbrauchern in anderen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Je größer die transeuropäische Vernetzung desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass regenerative Erzeugungsspitzen auf Verbrauchsnachfragen treffen. Außerdem könnten Länder mit hohen Speichermöglichkeiten in Pumpspeicherwerken, insbesondere Norwegen und Schweden, den momentan überschüssigen Strom speichern. Auch Italien, das beständig zu wenig Strom produziert, wäre als Stromimporteur interessant. Ein größerer untereinander verbundener Strommarkt könnte sich wegen des größeren Angebotes und der besseren Amortisierung jeglicher Kraftwerke positiv auf die Strompreise auswirken. Das setzt aber auch eine europaweite Netzsteuerung zur Stabilisierung der Netze und der Versorgungssicherheit voraus.

Allerdings wird der Ausbau der Infrastruktur nötigen EU-Ebene Milliardeninvestitionen erfordern und erhebliche Widerstände in der Bevölkerung auslösen. Der Aufstand der Wutbürger gegen den Stuttgarter Bahnhof könnte da nur ein Vorgeschmack gewesen sein.

Das Stromnetz ist unsere moderne Lebensader. Mit der Energiewende hat die Gefahr von Blackouts erheblich zugenommen, es drohen enorme wirtschaftliche Schäden. In den USA, wo örtliche und regionale Stromausfälle häufiger vorkommen, wird der dadurch verursachte Schaden allein bei Industrieunternehmen auf 45 Milliarden Dollar jährlich geschätzt.

Weitaus problematischer wären die Folgen eines Netzinfaikts im deutschen Mittelspannungsnetz, das sensibel auf die eingespeiste Strommenge reagiert. Käme es durch starken Sonnenschein oder plötzliche Windstille zu erheblichen Schwankungen, können sich ganze Regionen des deutschen Stromnetzes abschalten. Das ist beinahe im August und mehrfach im Februar und März vergangenen Jahres passiert.

Bricht ein Netz zusammen, müssen Großkraftwerke schnell heruntergefahren werden. Viele von ihnen können aber nach einem Blackout ohne fremden Strom nicht wieder in Betrieb gehen. Um diesen Strom heranzuführen, muss das Netz gesteuert werden, was aber bei einem womöglich ebenfalls ausgefallenen Telekommunikationsnetz schwierig ist. So kann der Netzaufbau mehrere Tage dauern.

Trotz aller Anstrengungen: Früher oder später wird es vermutlich einen Blackout geben, und alle Unternehmen, die unmittelbar im Mittelspannungsnetz hängen, wie Gießereien und Aluminiumwerke, aber auch Autohersteller und Telekommunikationsunternehmen, werden dann nur kurze Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken können, bevor die Produktion stillsteht.

Die Analysen des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages zeigen, dass die Folgen eines solchen Stromausfalls einer nationalen Katastrophe zumindest nahekommen könnten. Es bedürfte einer Mobilisierung aller internen und

**Ende vergangenen Jahres hat die Bundesregierung den Bau von 2800 Kilometern Hochspannungsleitungen beschlossen, um Windstrom von Norddeutschland in den Süden zu transportieren. Zudem sollen im bestehenden Höchstspannungsnetz 2900 Kilometer für die schwankende Ökostrom-Einspeisung optimiert werden. Planungs- und Bauzeiten sollen dabei von zehn auf vier Jahre verkürzt werden.**



Die Windparks auf der See ernten viel Energie, doch der Strom kommt (noch) nicht zu den Kunden im Süden Deutschlands.

**Der rasante Ökostromausbau in Deutschland bringt die Netze der Nachbarländer an die Belastungsgrenze. Die Tschechische Republik droht jetzt damit, die Leitungen nach Deutschland zu kappen.**

## Ohne Netz kein Strom

Um eine zuverlässige Stromversorgung für Wirtschaft und Privathaushalte auch bei wachsendem Anteil erneuerbarer Energie zu gewährleisten, formuliert TÜV-Vorstand Manfred Bayerlein vier Forderungen an die Politik:

1. Der Netzausbau muss beschleunigt werden. Denn noch kommt er wegen zu spät geschaffener gesetzlicher Grundlagen, komplizierter Genehmigungsverfahren und mangelnder Kapitalausstattung von Netzbetreibern gefährlich langsam voran.
2. Der Ausbau und die Weiterentwicklung von Stromspeichern muss stärker beschleunigt werden, das betrifft auch Pumpspeicherkraftwerke, die Optimierung von Druckluftspeicherkraftwerken und Power2Gas.
3. Wir brauchen transeuropäische Netze, um über größere Räume Erzeugungsspitzen besser verteilen und Nachfragespitzen besser befriedigen zu können. Dies schließt auch eine europäische Netzsteuerung mit ein. Dieser Netzausbau muss seitens der deutschen Regierung und der Europäischen Union massiv beschleunigt und die großen finanziellen und rechtlichen Herausforderungen politisch intensiv begleitet werden.
4. Die Entwicklung von intelligenten Netzen, sogenannten „smart grids“, muss durch staatliche und europäische Vorgaben gefordert und gefördert werden. Dies schließt die Bereitstellung von Finanzmitteln aus Berlin und Brüssel für Forschung, Entwicklung und Normung mit ein.

externen Kräfte des Bevölkerungsschutzes, um die Auswirkungen zumindest zu mildern. Allein der Zusammenbruch der Telekommunikation, des Internets, von Rundfunk und Fernsehen hätte dramatische Folgen.

Die Wasserversorgung und viele der 10.000 Kläranlagen könnten mangels Strom für die Pumpen ebenfalls kollabieren, gravierende Hygieneprobleme würden entstehen. Zudem könnten die rund 2.000 Krankenhäuser sich selbst nur kurze Zeit über Generatoren mit Strom versorgen. Und Geldautomaten würden keinen einzigen Euro mehr ausspucken.

In dem Maße, in dem es uns nicht gelingt, die Stromerzeugung zu steuern, weil wir keinen Einfluss darauf haben, wann und wo die Sonne scheint und der Wind weht, müssen wir den Stromverbrauch steuern. Dazu brauchen wir intelligente Netze, so genannte „smart grids“. Verbunden mit der modernsten Kommunikations- und Informationstechnologie lässt sich mit ihnen der Verbrauch lenken. Wären etwa alle Klimaanlage und

Gefrierschränke einer Stadt wie ein Smart Phone anzusteuern, könnte der Energieversorger mehrmals am Tag die Geräte zentral minutenlang vom Netz nehmen und wieder zuschalten, ohne dass die Kühlwirkung entscheidend nachlässt. Durch solche „smarten“ Steuerung ließen sich Schwankungen im regenerativ erzeugten Strom ausgleichen.

Das ist allerdings mit erheblichen Investitionen verbunden: Allein für Deutschland schätzt der Verband Kommunaler Unternehmen bis 2030 den lokalen Bedarf zum Aufbau intelligenter Stromnetze auf 25 Milliarden Euro.

Die Energiewende, aus Sicht der deutschen Industrie eine Operation am offenen Herzen, ist machbar, die Ziele sind erreichbar und wir können den Industriestandort Deutschland erhalten und sogar innovative technische Lösungen entwickeln, produzieren und exportieren. Aber nicht alle Konsequenzen aus der Energiewende können bei der Industrie abgeladen werden. Das muss die Politik, die die Energiewende ausgerufen hat, bedenken, wenn sie die Rahmenbedingungen setzt. ▲



**Dr.-Ing. Manfred Bayerlein** ist seit 2011 Vorstandsvorsitzender der TÜV Rheinland AG in Köln. 1959 in Bayreuth geboren, studierte er Werkstoffwissenschaften und Informatik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Ab 2008 war Dr.-Ing. Bayerlein Vorstandsmitglied der TÜV Süd AG in München.

## Für Nachhaltigkeit und gegen Korruption



TÜV Rheinland ist ein weltweit führender unabhängiger Prüfdienstleister mit 140 Jahren Tradition. Im Konzern arbeiten 17.000 Menschen an 500 Standorten in 65 Ländern. Sie erwirtschaften einen Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro. Die unabhängigen Fachleute stehen für Qualität und Sicherheit von Mensch, Umwelt und Technik in fast allen Lebensbereichen. TÜV Rheinland prüft technische Anlagen, Produkte und Dienstleistungen, begleitet Projekte und gestaltet Prozesse für Unternehmen. Die Experten trainieren Menschen in zahlreichen Berufen und Branchen. Dazu verfügt TÜV Rheinland über ein globales Netz anerkannter Labore, Prüf- und Ausbildungszentren. Seit 2006 ist TÜV Rheinland Mitglied im Global Compact der Vereinten Nationen für mehr Nachhaltigkeit und gegen Korruption.

Günther  
Nonnenmacher/  
Bernhard Vogel

**Mutige Bürger  
braucht das Land**  
Chancen für Politik  
in unsicheren Zeiten

Herder Verlag,  
Freiburg  
300 Seiten, 19,99 €



## Freundliches Plädoyer

Zwei Männer unterhalten sich über Deutschland und Europa, über Politiker-Macht und Bürger-Verdrossenheit, über den Sinn der repräsentativen Demokratie und die Last der wachsenden Schuldenberge: Bernhard Vogel, gerade 80 geworden, war CDU-Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz (12 Jahre) und in Thüringen (11 Jahre) und kann wie kein zweiter aus einem reichen politischen Erfahrungsschatz schöpfen. Eine Schatzkammer, die Günther Nonnenmacher, der renommierte Journalist und FAZ-Herausgeber, als ebenbürtiger Partner öffnet. Er hinterfragt und analysiert, bohrt auch nach, wo sich Vogel (alters?)milde geben möchte. Daraus entstand ein von persönlicher Erfahrung geprägter Gesprächsband über Deutschland vor und nach der Wende. Eine unterhaltsame und zugleich lehrreiche Lektüre. Und, wie es der MDR formulierte, „ein freundliches Plädoyer gegen Politikverdrossenheit“.

## Schwarz-rote Briefe

Zwei Männer schreiben sich Briefe, seit vier Jahren schon und allwöchentlich. Sie kennen sich aus Münchner Schulzeiten und haben sich danach politisch aufs Heftigste bekämpft: Vor 20 Jahren unterlag der „rote Peter“ Gauweiler dem „roten Christian“ Ude nur knapp beim Kampf ums Münchner Rathaus, in dem Ude seither regiert. Politisch umarmen sie sich auch heute nicht, doch menschlich sind sie sich so nahe gekommen, dass sie ihre politisch-feuilletonistisch Gedanken brieflich austauschen und im *Münchner Merkur* veröffentlichen. Zwei eigenständige Köpfe, die mit der Parteilaisson schon immer ihr Problem hatten. Eine vergnügliche, scharf- und hintersinnige Lektüre. Die Jahresproduktion wurde stets in ein Büchlein gepackt, nun liegt nach 173 Briefen der vierte Band vor – es wird vorerst der letzte sein: Der aufziehende Landtagswahlkampf in Bayern mit Ude als SPD-Spitzenmann zwingt zur Schreibpause. Doch sie kündigen Fortsetzung an. Und der Verlag präsentiert schon mal alle vier Bände in einer Sonder-Edition schnäppchenhaft zu 19,80 €



Peter Gauweiler/  
Christian Ude

**Briefwechsel vier**  
Keyser Verlag,  
München  
216 Seiten, 9,90 €

Heinrich und Jonas  
Bedford-Strohm

**Wer's glaubt,  
wird selig**

Ein Glaubensgespräch  
zwischen  
Vater und Sohn  
Kreuz Verlag, Freiburg  
192 Seiten, 17,99 €



## Wenn der Vater mit dem Sohne

Zwei Männer sprechen miteinander über den Glauben. Dem flapsig wirkenden Titel angemessen, könnte man sagen: Über Gott und die Welt. Genauer gesagt: Sie kommen von Gott über Jesus, Bibel und Kirche bis zu Tod und Spiritualität. Themen also, die bei jungen Menschen nicht wirklich oben auf der Agenda stehen, sagt Jonas, der Sohn. Aber er hat einen Gesprächspartner für alle Glaubensfragen gleich in der Familie: Der Vater ist Theologe und Landesbischof der evangelischen Kirche in Bayern. In den Ferien haben sie sich zusammengesetzt, haben sich gefragt, was Gott mit Glück zu tun hat, wieso die Kirche für viele, vor allem junge Menschen geradezu ein Feindbild ist, woher es Trost gibt beim Tod eines geliebten Menschen. Man kann das Buch eine Propagandaschrift im besten Sinne nennen: Der Sohn stellt die kritischen Fragen, die nicht nur seine Altersgenossen bewegen, und der Vater schöpft bei seinen Antworten aus einem reichen Fundus von theologischen Wissen und menschlicher Erfahrung. Ein Buch, das auch Ungläubige nachdenklich stimmen kann.

## Fremd in der Heimat

Zwei Männer suchen ein neues Leben. Zwei jüdische Juristen, verfolgt von den Nazis und voller Hoffnung nach deren Sturz: Richard Kornitzer aus Berlin, nach Kuba geflohen und 1947 in ein zerstörtes Land und zu einer zerrissenen Familie zurückgekehrt, Philipp Auerbach aus München, KZ-Häftling und nach 1945 Staatskommissar für Entschädigung der Nazi-Opfer. Bei Recherchen zu ihrem Buch „Shanghai fern von wo“ entdeckt Ursula Krechel Unterlagen zu einem von den Nazis vertrieben Richter, der in Mainz Landgerichtsdirektor wurde und den sie Kornitzer nennt. Sie forscht ein Jahrzehnt und findet auch zu Auerbach. Der war in der ersehnten Freiheit von einer noch von der NS-Vergangenheit belasteten Justiz wegen Lappalien verurteilt worden und hatte sich im Gefängnis voller Verzweiflung das Leben genommen. Kornitzer schämte sich, dass er dem Mann aus München nicht tatkräftig beigestanden hatte. Die Autorin erzählt nüchtern und dennoch fesselnd, ein sachlicher Roman über die Fremdheit in der wieder freien Heimat, die noch lange beschwert war von zwölf braunen Jahren. Ursula Krechel erhielt dafür den Deutschen Buchpreis 2012.



Ursula Krechel

**Landgericht**  
Jung und Jung  
Verlag, Salzburg  
492 Seiten,  
29,90 €

# Neues Feuer

Luther-Jahr 2017 ist ein Fest für alle Christen

Günther Beckstein

**500** Jahre Reformation, der Anschlag der 95 Thesen war der Ausgangspunkt der Reformation, aber noch nicht die Trennung der Kirchen. Auch wenn die Reformation noch nicht unmittelbar die Aufklärung als geistesgeschichtlichen Vorgang bedeutete, war sie doch ein wichtiger Schritt der Entwicklung der Kirchen, aber auch für die europäische Geistesgeschichte.

Die Emanzipation des Gläubigen vor kirchlichen Hierarchien, die Bedeutung des Papstes als Mittler zwischen Gott und den Menschen in Frage zu stellen und das Laienpriestertum aller Gläubigen auszurufen, war ein wichtiger Schritt vom Mittelalter zur Neuzeit. Und dass als einzige Autorität die Schrift, die Bibel, von Luther anerkannt wurde, führte dazu, dass er eine einheitliche deutsche Sprache entwickelte, um es zu ermöglichen, dass jeder selbst die Bibel lesen kann. So entwickelte sich aus der Kritik von Missständen im Ablasshandel eine neue Sicht von Gott und Menschen.

Es ist deshalb berechtigt, dass auch der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit beschlossen hat, die Veranstaltungen zum Reformationsjubiläum mit signifikanten Beiträgen zu fördern, um dies als Teil der auswärtigen Kulturpolitik herauszustellen.

Aber kann man die Reformation, also die Spaltung der Kirche, feiern? Luther selbst wollte nicht die Trennung, er wollte die Reform der gesamten Kirche. Darauf hat Kardinal Koch als Präsident des Päpstlichen Einheitsrats in seiner Rede bei der Synode der Vereinigten Lutherischen Kirche eindringlich hingewiesen. Und trotzdem werden wir als Protestanten nicht nur der 500-jährigen Wiederkehr des Reformationstages Gedenken, wir werden vielmehr dies als Jubiläum feiern. Als selbstbewusste evangelische Christen feiern wir das Ereignis, das zur Evangelischen Kirche führ-

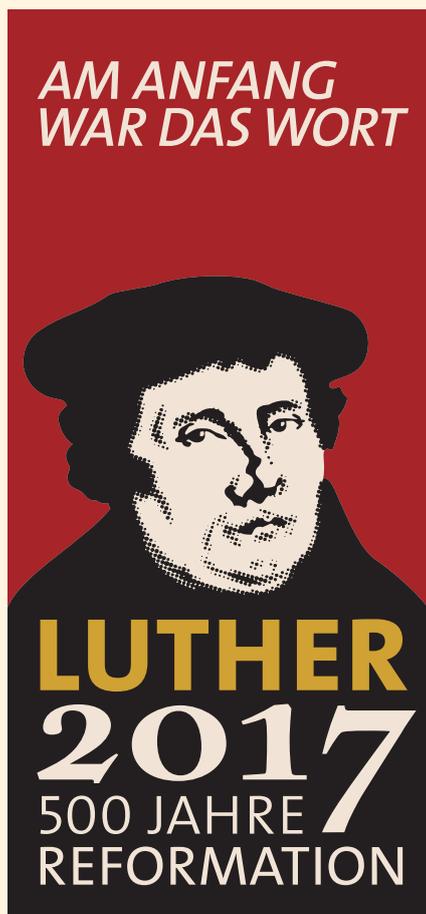
te, die aber nicht etwa ihr 500-jähriges Bestehen begeht, denn auch wir sehen unsere Kirche als von Christus Jesus selbst gegründet.

Wir feiern nicht die Trennung, sondern die Wiederentdeckung der Schrift und des Glaubens als alleinigen Grund der Rechtfertigung des Gläubigen.

Die Feiern sollen nicht gegen die katholische Kirche gerichtet sein, sondern wir laden die Katholiken ein, mit uns gemeinsam die Wiederentdeckung wichtiger Glaubenswurzeln zu feiern. Wir hoffen sehr darauf, dass die Katholische Kirche in Deutschland diese Einladung annimmt und wir gemeinsam auch große Veranstaltungen planen können. Es soll deutlich werden in einer Welt, wo die Christen weniger werden und die Bedeutung der Konfessionen abnimmt, dass die Gemeinsamkeit der Christen wichtiger ist als die Konfessionen Trennende. Wir haben eine Taufe, ein Vater Unser, ein Glaubensbekenntnis, eine Bibel, eine in langen Jahren erarbeitete gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre. Gerade in einer immer säkularer werdenden Welt sind die Gemeinsamkeiten der Christen wichtiger als das Verschiedene.

Wir als Evangelische Kirche planen 2017 ein Jahr mit vielen großen Veranstaltungen. Es soll deutlich werden, dass die Refor-

mation Weltbürgerin geworden ist, wir laden deshalb alle Christen weltweit ein, mitzufeiern. Vor der Kulisse Wittenbergs soll ein großer Abschlussgottesdienst stattfinden, mit Zehntausenden von Besuchern, ein Jugendcamp soll das Jahr über Ge-



legenheit für junge Menschen sein, sich über Gott und die Welt auszutauschen. Und wir hoffen, dass Künstler und Intellektuelle ihre Beiträge zu den Feiern einbringen.

Die Feiern sollen bei allem Rückblick vor allem auch die Kirche für die Zukunft gestalten: als Stärkung des Glaubens. Wie kann in der heutigen Zeit die Botschaft Jesu Christi so vermittelt werden, dass die modernen Menschen ihren Inhalt wirklich verstehen? Natürlich darf Kirche nicht einfach mit dem Zeitgeist gehen, aber die zeitgemäße Verkündigung ist die zentrale Aufgabe. Und da sind neue Formen angesagt, gerade um auch verstärkt junge Leute anzusprechen. Aber auch bei den Inhalten ist es notwendig, die wichtigsten Fragen der jeweiligen Zeit anzusprechen, damit der heutige und der zukünftige Mensch erreicht wird.

Kirche ist immer zu verändern, zu reformieren. Was bedeutet das heute für uns? Mir persönlich ist das Impulspapier „Kirche der Freiheit“ wichtig. Es stellt heraus, dass die Frohe Botschaft den Menschen befreit von den Zwängen, sich selbst das

Glück und die Lösung zu erarbeiten, dass es wichtigeres gibt als Geld, Erfolg oder Ämter. Das Glück und ein gelingendes Leben, dafür gibt der Glaube die wichtigen Grundlagen. Und die Kirche der Freiheit erkennt auch an, dass es ganz unterschiedliche Frömmigkeitsformen gibt. Wir werden immer mehr zu einer Mitmach-Kirche. Die synodalen Strukturen, die Bedeutung der Laien, die neben den Pfarrern und Pfarrerinnen Gemeinde verkörpern, zeigen, dass jeder Christ aufgerufen ist, seinen Glauben zu bekennen und seinen Beitrag in seiner Kirche zu leisten. Das ist die Botschaft, die über 2017 hinausgehen soll.

Die Feiern sollen also nicht die Aufbewahrung der Asche sein, sondern ein neues Feuer des Glaubens anfachen. Und das liegt nun wieder ganz nahe an den Inhalten, die Papst Benedikt bei seinem Besuch in Deutschland herausgestellt hat: Nicht nur wir Protestanten, sondern alle Christen in Europa können neuen Schwung, neue Glaubenstiefe und Überzeugungskraft und Ausstrahlung brauchen.

Darauf hoffe ich: einen Neuaufbruch 2017. ▲

**Zwei Bayern führen die Laienorganisationen der beiden großen Kirchen und schreiben im *Peutinger* über das Luther-Jahr 2017: Alois Glück ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Günther Beckstein leitet die Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, seit Präses Katrin Göring-Eckardt Spitzenkandidatin der Grünen zur Bundestagswahl ist und das Kirchenamt ruhen lassen muss.**

# Brückenschlag

## Das Gemeinsame ist stärker als das Trennende

Alois Glück

**D**er 500. Jahrestag des Beginns der Reformation ist ein großes historisches Ereignis, das nicht nur die christlichen Kirchen, sondern die Gesellschaft als Ganzes in ihrer Entwicklungsgeschichte und in ihrer heutigen Prägung berührt.

Die Gestaltung des Jahres 2017 ist natürlich vorrangig eine evangelische Angelegenheit, es betrifft vor allem die evangelische Kirche lutherischer Tradition, aber auch die anderen Kirchen reformatorischer Prägung. Die Reformation ist aber ebenso ein Teil der Geschichte der katholischen Kirche. Was bedeutet dieses Jubiläum aber für die Katholiken? Wie kann es auch von der katholischen Kirche als denkwürdiges Ereignis begangen werden? Darüber gibt es bereits intensive interne und ökumenische Gespräche.

Papst Benedikt XVI. hat bei seinem Besuch in Erfurt zum Ausdruck gebracht, dass Martin Luther ein Leben lang Gottsucher war und die Kirchenspaltung nicht wollte. Solche Einordnungen sind ein wichtiger Brückenschlag. Andererseits wird auch auf evangelischer Seite heute die Rolle Luthers nicht in einer Verklärung, sondern auch in einer historischen Differenzierung reflektiert.

Der Vorsitzende des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, hat anlässlich der Tagung der Synode im November 2012 für eine selbstkritische Reflektion aller Beteiligten plädiert: „Wer sich mit Martin Luther und der Reformationszeit, noch mehr mit dem folgenden konfessionellen Zeitalter beschäftigt, der wird sich auch der Scham- und Schuldgeschichte stellen müssen, die mit diesem Aufbruch in die moderne Welt verbunden war. Die Reformation hat in ihrer ganzen Intoleranz gegenüber den Täuferbewegungen, den Juden und den Türken, gegenüber den berechtigten Anliegen der Bauern und auch gegenüber den Wahrheitsmomenten der damaligen Papstkirche einen sehr intoleranten Ton angeschlagen und Gewalt gerechtfertigt.“

Die katholische Kirche muss sich der Situation stellen, dass sie damals in einem erbärmlichen Zustand war und viele Reformforderungen von →

Martin Luther und der Reformation mehr als berechtigt waren. Die damalige Konstellation in Rom war auch aus heutiger katholischer Sicht unhaltbar, weshalb es ja dann auch zu Aufbrüchen und Umbrüchen innerhalb der katholischen Kirche kam. Franz von Assisi ist dafür ein Wegbereiter, und das II. Vatikanische Konzil hat in Dokumenten wie das zur Ökumene und zur Religionsfreiheit diese Entwicklung entscheidend aufgenommen, geprägt und damit auch die katholische Kirche verändert und auf den weiteren Weg der Veränderung gesandt, wofür die innerkatholische Auseinandersetzung mit den Pius-Brüdern ein Beispiel ist.

Wer die Situation in der Beziehung der beiden christlichen Kirchen bis zur Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs kannte, kann angesichts dieser Jahrhunderte alten Konflikte, Religionskriege, Entfremdungen und wechselseitigen Anfeindungen den Prozess der Ökumene, der Annäherung und der zunehmenden Zusammenarbeit in der Entwicklung der letzten fünf Jahrzehnte nur mit Dankbarkeit und Respekt bewerten.

Dafür haben evangelische und katholische Christen in den gemeinsamen schlimmsten Erfahrungen während des nationalsozialistischen Regimes wichtige Weichen gestellt. Die konfessionelle Trennung und Rivalität in der Politik, ausgedrückt durch konfessionell ausgerichtete Parteien, haben sie nach 1945 überwunden und zu gemeinsamer gesellschaftlicher und politischer Verantwortung gefunden. Die beiden C-Parteien sind dafür der historische Ausdruck. Dies zu einer Zeit, als die christlichen Kirchen sich noch weitgehend fremd, oft rivalisierend, im besten Fall freundlich-distanziert gegenüberstanden.

Heute gibt es bei vielen evangelischen und katholischen Christen eine große Ungeduld und Unruhe über aus ihrer Sicht mangelnde Fortschritte im Prozess der Ökumene. Wir katholische Laien haben im Zentralkomitee der deutschen Katholiken dies im Mai 2011 auch in einem Dokument festgehalten und beschrieben. „Wir registrieren, dass viele Christinnen und Christen heute nicht mehr länger auf offizielle ökumenische Ergebnisse warten wollen und sich ihren Weg suchen.“



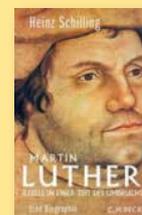
Eingerahmt von Protestanten: Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch 2011 in Erfurt mit dem EKD-Vorsitzenden Nikolaus Schneider, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht.

Dabei sei ausdrücklich festgehalten, dass wir nicht dafür plädieren, grundlegende theologische Fragestellungen, wie das unterschiedliche Amtsverständnis der Geistlichen (Seelsorgerinnen und Seelsorger, Bischofsamt, Papstamt,) oder das Kirchenverständnis etc.) auszuklammern und damit auch die jeweils eigene Identität und eigene Überzeugung ins Archiv zu stellen. Auf der Basis der Verdrängung von Unterschieden kann auf Dauer keine gute gemeinsame Entwicklung wachsen. Für die katholische Kirche bedeutet Ökumene dabei nicht nur der Blick zur evangelischen und zur reformatorischen Kirche, sondern auch zu den Ostkirchen. Die Distanz zwischen den orthodoxen Kirchen und der evangelischen Kirche ist in weiten Bereichen sehr groß. Deshalb war es ein großer Fortschritt, dass wir bei den von den Laien getragenen 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München diesen in der Gemeinsamkeit von katholischen, evangelischen und orthodoxen Christen gestaltet haben.

Eine Ökumene, die sich nur auf theologische Fragestellungen, wie die Teilnahme am Abendmahl, fixiert, ist zu eng gefasst. Damit wird auch verdeckt, dass wir sehr viel mehr Gemeinsamkeiten haben als Trennendes. Als katholische Laien haben wir in der erwähnten Entschließung formuliert: „Eine Ökumene der Zukunft muss sich auf die Sorgen und Probleme der Menschen einlassen.“

## Rebellischer Mönch

Heinz Schilling zeigt Martin Luther als „Rebell in einer Zeit des Umbruchs“, eines Umbruchs, den Luther wesentlich angestoßen hat. Er beschreibt seinen Mut gegenüber den Mächtigen, sein Ringen um den Glauben, erwähnt die Treffen mit Konrad Peutinger und lässt auch in Luthers schwierigen Charakter blicken. Die Biographie nicht nur für 2017.



Heinz Schilling  
**Martin Luther**  
C.H. Beck Verlag,  
München  
720 Seiten, 29,94 €

Es geht dabei zunächst darum, sich gegenseitig als Gemeinschaft von Gläubigen wahrzunehmen, die jede auf ihre Weise das Reich Gottes sucht und der deshalb alles andere dazugegeben wird. Auf diesem Weg kann man voneinander lernen, sich gegenseitig stützen, Mut machen und die Vielfalt gelebten Glaubens als Reichtum und Kraftquelle erleben. Über die binnenkirchliche Schau hinaus heißt die zentrale Aufgabe, welchen Beitrag wir als Christen zu den Aufgaben unserer Zeit zu leisten haben.

In welcher Weise die christlichen Kirchen gemeinsam das Gedenkjahr 2017 gestalten, wird für ihre Glaubwürdigkeit in unserer Welt von großer Bedeutung sein. Bei meinem Grußwort als Katholik bei der 11. Synode der EKD im November

letzten Jahres habe ich daher mit Blick auf 2017 formuliert: „Christinnen und Christen und in besonderer Weise auch Nichtchristen werden sehr aufmerksam registrieren, wie die christlichen Konfessionen dieses Jahr gestalten. Es kann dabei nicht darum gehen, die eigene Identität zur Disposition zu stellen. Aber gerade in diesem Jahr muss besonders spürbar, ja unübersehbar werden, dass das Gemeinsame weit mehr ist als das Trennende und dass der Wille zur weiteren Zusammenarbeit trotz aller Hindernisse damit in diesem Jahr stärker denn je wird.“ Denn gemeinsam sei uns ein Text aus dem II. Vatikanischen Konzil: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen unserer Zeit sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“ ▲

**Auf einer Reise in die Mansfelder Grafenschaft ist Martin Luther am 18. Februar 1546 in seiner Geburtsstadt Eisleben (bei Halle) gestorben. Das Sterbehaus ist noch erhalten und wurde – mit einem Museum versehen und frisch renoviert – im Februar wieder eröffnet.**

## Der Evangelische



Evangelisch und Franke – das war **Günther Beckstein** nicht unbedingt von Vorteil, als er das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten anstrebte. CSU-Mitglied und aus Bayern – das beförderte 2009 nicht unbedingt seine Kandidatur zum höchsten Laienamt der evangelischen Kirche in Deutschland. Er unterlag der grünen Politikerin Katrin Göring-Eckardt, wurde aber daraufhin mit großer Mehrheit zum Vizepräsidenten gewählt. Beckstein wollte dies nicht als Beginn einer schwarz-grünen Politik sehen: „Kirche und Politik sind zu trennen, eine schwarz-grüne Koalition wie in der Politik gibt es hier nicht.“ Seit Göring-Eckardts grüne Spitzenkandidatur im November 2012 hat Beckstein die Amtsführung der EKD-Synode übernommen.

## Das Luther-Jahr



Der berühmte **Thesenanschlag** Luthers am 31. Oktober 1517 an die Tür der Wittenberger Schlosskirche gilt als Beginn der Reformation. Schon 1527 erinnerte sich Luther in geselliger Runde an die „Vernichtung der Ablässe vor zehn Jahren“. Seither wird des Thesenanschlags gedacht und bis heute als Reformationstag gefeiert. Den Feiern zum 500. Jahrestag 2017 in „globaler Gemeinschaft von Feuerland bis Finnland, von Südkorea bis Nordamerika“ (so die Veranstalter „Luther2017“) hat die evangelische Kirche ab 2008 eine Luther-Dekade vorgesetzt, die in jedem Jahr ein besonderes Thema hervorhebt. In diesem Jahr geht es um „Reformation und Toleranz“, 2014 steht das Verhältnis zur Politik auf der Luther-Agenda.

## Der Reformator



Der Wittenberger Augustinermönch **Martin Luther** (1483 - 1546) bot Kaiser, Papst und Kirche die Stirn. Wie kein zweiter Deutscher hat er Europas Geschichte im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit geprägt. In Erfurt zum Priester geweiht, wuchs sein Ärger über Missstände in der Kirche wie Ämterkauf, Machtmissbrauch und vor allem der Ablasshandel. Gegen diesen formulierte er 95 Thesen und schlug sie – wie von seinem Mitstreiter Philipp Melanchthon überliefert, am 31. Oktober 1517 ans Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg. Seine Forderung nach einer Universalreform der Christenheit führte zur Reformation und damit zur Spaltung. In mehreren Gesprächen hatte Konrad Peutinger versucht, ihn davon abzuhalten.

## Der Katholische



Er galt als Vordenker und als das soziale Gewissen der CSU. Als CSU-Fraktionschef im Landtag bremste **Alois Glück** gelegentlich den Sturmesdrang von Ministerpräsident Stoiber, als Landtagspräsident führt er das Parlament souverän und genoss Respekt über die Parteigrenzen hinweg. Er gab der CSU ein neues Grundgesetzprogramm und plädierte frühzeitig für eine Öffnung zum Islam. Nach 38 Parlamentsjahren kandidierte Glück 2008 nicht mehr für den Landtag, doch seine Erwartung, er könne sich nun mehr um die Familie kümmern, wurde rasch eingeschränkt: Am 20. November 2009 wurde er mit 169 von 189 Stimmen zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt.

# Gefährliche Wahrheit

Wettstreit der Derblecker bei Salvator und Maibock

Hannes Burger

Der Salvatoranstich auf dem Nockherberg ein paar Wochen nach Aschermittwoch und der Maibockanstich vom Hofbräuhaus um den 1. Mai herum sind zwei feste Termine für die trinkfeste Münchner Freibier-Gesellschaft ebenso wie fürs Bayerische Fernsehen, das die stammgewürzten Ereignisse live überträgt. Es sind nach der Veitshöchheimer „Fastnacht aus Franken“ die Quotenbringer des Jahres. Über Jahrzehnte hielt der Nockherberg mit der gepfefferten Bußpredigt von Bruder Barnabas das Event-Monopol, erst seit einigen Jahren hat der Hofbräu-Maibock aufgeholt. Manch' Kundiger der Kunst des Derbleckens meint sogar, er habe inzwischen die Spötternase vorne. Ein Wettstreit ums beste Politiker-Abwatsch'n ist entstanden.

„Gell Horsti, i bin doch dei Mama!“ Mit diesem Satz als Grundtenor der leibhaftigen Bavaria ist auf dem Münchner Nockherberg vor drei Jahren die Kabarettistin Luise Kinseher als erste Frau in der rund 250-jährigen Salvatorgeschichte als Festrednerin aufgetreten. Bei der diesjährigen Starkbierprobe ist sie nun zum dritten Mal in der Rolle dieser ehernen allegorischen Figur quasi vom Sockel über der Theresienwiese herabsteigen, um beim traditionellen Derblecken vor allem die anwesenden Politiker durch den Kakao ziehen. Der dritte Auftritt ist immer der kritischste, denn für zwei ihrer Vorgänger war danach Schluss. Der Kabarettist Django Asül gab sogar nur einmal ein Zwischenspiel. Seither macht er im Hofbräuhaus dem Nockherberg eine immer stärkere Konkurrenz. Was haben die Beiden gemeinsam, was unterscheidet sie?

Der Kabarettist Bruno Jonas hat nach drei guten Festreden in der 1992 eingeführten Rolle des historischen Paulaner-Bruders Barnabas von selbst aufgehört: er hatte keine Chance zur Steigerung mehr gesehen und erkannt, dass das Derblecken anwesender Politiker sich auf Dauer nicht mit dem Anspruch von Kabarettisten auf linke Polemik gegen abwesende Politiker verträgt. Der Schauspieler Michael Lerchenberg, vormals erfolgreicher Stoiber-Parodist, verwechselte den Braumeister Bruder Barnabas mit dem Hetzprediger Savonarola und war nach drei extrem linken Tiraden für die Brauerei nicht mehr tragbar. Mit Absicht beleidigen gehört ebenso wenig zur Tradition des bayerischen Derbleckens wie die Einbildung, hier die schärfere Opposition spielen zu können.

Zwischen Jonas und Lerchenberg hat 2007 ein Salvatorredner auf dem Nockherberg die Politiker ohne Paulaner-Kutte quasi in Zivil derbleckt, aber nur einmal: Uğur Başılayıcı, türkisch-stämmiger Niederbayer aus Hengersberg bei Deggendorf, bekannt unter seinem Künstlernamen Django Asül. Doch weil die Brauerei die Figur des Bruder Barnabas als eine deutschlandweit bekannte Marke erhalten wollte, wurde der niederbayerische Zivilist wieder abgesetzt. Eine Entscheidung, die in der Brauerei heute womöglich mancher bereut. Denn Bruder Barnabas hat ohnehin Auszeit, solange die Bavaria Kinseher auftritt, und Django Asül tritt nun seit 2008 beim Maibockanstich im Hofbräuhaus auf. Inzwischen sind die raren Einladungskarten für Hofbräuhaus mindestens so begehrt wie für den Nockherberg.

Das bayerische Kabinett nimmt an beiden Freibier-Festen fast vollzählig teil, findet in letzter Zeit aber immer mehr Gefallen an Django Asül im staatlichen Hofbräuhaus, wo das Finanzministerium Hausherr ist. Es war der damalige Minister Erwin Huber, der seinen niederbayerischen Landsmann für den Maibock-Anstich engagierte. Mit seinem Stil, nicht über Politik, sondern nur über Politiker zu reden, hat er es geschafft, dass seine Rede halbwegs neutral, aber nicht als milder empfunden wird als die Salvatorrede von Luise Kinseher, die ja bei einem privaten Auftraggeber weniger politische Rücksichten nehmen muss. Kinseher und Django sind beide Kabarettisten. Politiker-Derblecken ist aber etwas anderes als Kabarett. Im einen Fall muss man den anwesenden Politikern seinen Spott ins Gesicht sagen, was nur dann lustig ist, wenn dabei ein Bezug zur politischen Arbeit und den Positionen des Derbleckten erkennbar ist. Im anderen Fall kann man vor zufälligem Publikum über Politiker in Abwesenheit beliebig herziehen und sich über „die Politiker“ und „die Regierung“ pauschal lustig machen. Im Kabarett kann man witzig sein ohne Rücksicht auf die Fakten. Spricht man jedoch beim Derblecken einzelne bekannte Politiker direkt an, sollte man entweder über sie oder ihre Politik oder über ihr Verhältnis zur Partei und zu anderen Politikern auch etwas wissen. Doch wie die meisten Kabarettisten kennen Kinseher



und Django Asül wenige Politiker persönlich. Sie wissen auch wenig über deren Politik, gehen weder in den Landtag noch auf Parteitage, sondern beziehen ihre kritischen Einschätzungen bevorzugt aus linken Medien. Aber alles, was offen zwischen den Parteien und zwischen Regierung und Opposition abläuft, haben die Zuschauer vor der Salvatorprobe und vor dem Maibockanstich schon in Zeitungen gelesen, im Fernsehen gesehen und am Aschermittwoch gehört: von Journalisten kommentiert, von Kabarettisten glossiert, von Karikaturisten gezeichnet und von Karnevalisten in Versen und Gesängen endlos abgenudelt.

Luise Kinseher gibt zwar vor, sie habe politische Berater, aber diese haben entweder keine Insider-Informationen aus der Politik oder sie wollen ihre eigene Politik auf dem Nockherberg verkünden. Sie liegt oft so daneben, dass sie auf alte Kamellen, Geschmacklosigkeiten und Fäkalsprache zurückgreifen muss. Dass der Ministerpräsident „in die



Scheiße getreten ist“ sagt weder etwas über politische Fehler aus noch ist es eine Pointe.

Vor seinem einzigen Auftritt auf dem Nockherberg sagte Asül auf die Frage, welche Politiker er persönlich kenne: „den Christian und den Erwin“ – Ude und Huber. Die beiden kamen dann auch am besten weg, aber zum Beispiel dem damaligen Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, konnte er nur dessen Spitznamen „Ramses“ vorthalten. Den bayerischen SPD-Chef Florian Pronold kennt Asül von der Schule und der Banklehre bei der Sparkasse in Deggendorf. Zu ihrem jeweiligen Werdegang sagte Asül: „Der eine macht Karriere, der andere geht zur SPD.“ Als Markus Söder, sein jetziger Auftraggeber, noch CSU-Generalsekretär war und gegen eine „Kopfpauschale“ der FDP bei der Krankenversicherung kämpfte, erklärte Asül das damit, „dass dem Söder eben alles suspekt ist, was mit dem Kopf zu tun hat.“ Das bringt immer einen Lacher und tut doch nicht weh. Django Asül hat von den Fehlern seines einzigen Auftritts auf dem Nockherberg gelernt, als er dem „Stoiberianer“ Söder „eine Schleimspur in die Staatskanzlei“ nachgesagt hatte. Beides war zu plump, weil alle ja wissen, dass Söder von Stoiber gefördert worden ist und dass mangelnde Intelligenz nicht Söders größtes Problem ist.

Das Hintergründige und Hinterfotzige beim Derblecken kommt meist nur aus Anspielungen auf Themen, die sich innerhalb einer Partei, einer Fraktion oder Regierung abspielen: Postengerangel, Ehrgeiz, Intrigen, Rivalitäten, Pech und Pannen, von denen nichts in der Zeitung stand. Oder satirisches Uminterpretieren längst bekannter Geschehnisse. Kinseher will die Politik der Regierung kritisieren, ohne von den Inhalten etwas zu verstehen. Django Asül kommt besser an, weil er fast überhaupt nichts direkt zur Politik sagt, sondern nur über die Politiker und sich über ihre bekannten Eigenheiten oder Schwächen lustig macht.

Der bekannteste Derblecker am Nockherberg, Walter Sedlmayr, hat dort einmal gesagt: „Beim Derblecken darfst du alles über Politiker erfinden. Gefährlich wird's nur, wennst die Wahrheit sagst.“ Und noch etwas hätte früher keiner auf dem Nockherberg oder beim Maibock gemacht: nämlich die billige Anbiederung der Kabarettisten mit Du und Vornamen für jeden und jede. Das wirkt nicht schärfer, sondern als plumper Scherz unter Freunden. Dazu sagte Sedlmayr zu seinem Textautor: „Je gscherter dass mir san, desto vornehmer müass ma's eaner hireibn!“ ▲

Als Mutter Bavaria liest Luise Kinseher (oben) bei der Starkbierprobe auf dem Nockherberg den prominenten Gästen die Leviten...

... und Django Asül (links) setzt zwei Monate später beim Maibockanstich im Hofbräuhaus den Wettstreit ums deftigste Derblecken fort.



**Hannes Burger**, 1937 in Schwabing geboren, war Mitarbeiter der *Süddeutschen Zeitung* und Bayern-Korrespondent der *WELT*. 22 Jahre lang schrieb er die Salvatorreden für den Starkbieranstich auf dem Nockherberg.



## Der neue Große Rat stellt sich vor

Im Januar wurde er neu gewählt, hier stellt sich der 18-köpfige Große Rat vor (v.l.): Andreas M. Harder, Dipl.-Kfm. Stefan Rückgauer, Schatzmeister Dr. Marcus Lingel, Pressesprecher Bernd Nobis, Christine Gärnter, Dr. Arnulf Brandstetter, Präsident Dr. Marcus D. Ernst, Präsidiumsmitglied Dr. Klaus

Leipold, Ulrich Rothdauscher – Sprecher der Lenkungsgruppe, Robert Salzl, Egmont Ernst, Dr. Klaus Gastroph, Birgit Eibl, Co-Präsident Prof. Dr. Bernd Grottel, Alexander Grundner-Culemann, Michael Funke, Oliver Frank (Prof. Dr. Peter Lutz, Mitglied der Lenkungsgruppe, ist nicht auf dem Bild). ■

## Veranstaltungen der Jungen Peutinger

### Voller Ideen und besser vernetzt

Ideen, Anregungen und Vorschläge für das Jahresprogramm 2013 und 2014 sammelten die Jungen Peutinger bei ihrer Jahresauftaktveranstaltung im Bayerischen Hof. Das Peutinger-Collegium und die Jungen Peutinger stellten sich und ihre Ziele vor. Angeregt diskutierten sie mit Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst, den Jungen Peutingern und den Mentees aus dem Mentoring-Programm. Die Lenkungsgruppe der Jungen Peutinger bekam tolle Ideen und Anregungen. Einige davon wurden bereits umgesetzt. So wurde eine Xing-Gruppe zur besseren Vernetzung der Jungen Peutinger eingesetzt. Zudem soll eine Online-Umfrage Ideen sammeln zur Gestaltung eines neuen Peutinger Preises. ■

### Erfahrung der Älteren nutzen

Gemeinsam mit der Hochschule für Philosophie wurde bei einer Auftaktveranstaltung im Bayerischen Hof das Mentoring-Programm des Peutinger Collegium gestartet. Im Plenum haben Mentis wie Mentoren sich und ihre Motivation kurz vorgestellt, bevor man sich bei zwanglosen Gesprächen näher kennenlernen konnte. Aus dem Collegium nehmen so viele berufs- und lebenserfahrene Mitglieder teil, dass jeder Menti seinen Mentor finden konnte. Mit diesem Mentoring-Konzept fördert das Peutinger-Collegium junge Leute und nimmt auch damit seine gesellschaftliche Verantwortung wahr. Die Mentis werden für ein Jahr bei den Jungen Peutingern kostenlos teilnehmen. ■



Jugend trifft Erfahrung:  
Bei der Auftaktveranstaltung „Mentoring“ werden Mentis von erfahrenen Peutingern unter ihre Fittiche genommen.

## Co-Präsident Bernd Grottel wird Honorarprofessor an der Technischen Universität München

Hohe Ehre für Peutinger Co-Präsident Dr. Bernd Grottel: Die Technische Universität München (TUM) hat den KPMG-Manager im Januar als Honorarprofessor aufgenommen. Im Rahmen eines Festaktes im Haus der Bayerischen Wirtschaft hob Prof. Dr. Gunther Friedl, Dekan der TUM School of Management, in seiner Laudatio das langjährige Engagement Grottels für die TUM hervor. Grottel lehrt seit 2007 Externe Rechnungslegung und seit 2012 ergänzend Wirtschaftsprüfung, zudem beteiligt er sich an den Auswahlprozessen der Universität für Studienbewerber und betreut Studienarbeiten.

TUM-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann überreichte die Urkunde und ging in seiner Rede auf den erfolgreichen Aufbau der betriebswirtschaftlichen Fakultät, der TUM School of Management, ein. Sie feierte im November 2012

ihr 10-jähriges Jubiläum. Der Erfolg zeige sich nicht nur darin, dass sie die größte Fakultät ihrer Art in München geworden ist, sondern auch in verschiedenen nationalen und internationalen Rankings vordere Plätze einnimmt. In seiner Festrede betonte Bernd Grottel, dass eine intensive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft notwendig ist und für beide Seiten sehr förderlich sein kann.

Nicht zuletzt ist auch sein Lebensweg seit dem Studium durch ein enges Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft geprägt. Die mehr als 150 geladenen Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik – darunter der Präsident des Peutinger-Collegiums, Dr. Marcus Ernst, die Präsidiums-Mitglieder Robert Salzl und Dr. Klaus Leipold sowie Pressesprecher Bernd Nobis – nutzten das anschließende Buffet zu intensiven, anregenden Gesprächen. ■



Der frischgebackene Professor Prof. Dr. Bernd Grottel zusammen mit Prof. Dr. Gunther Friedl (li.) und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann.

## Schwierige Operation

Die Energiewende ist eine Operation am offenen Herzen, betonte Dr.-Ing. Manfred Bayerlein. Sie sei machbar, meinte der Vorstandsvorsitzende von TÜV Rheinland bei seinem Vortrag vor dem Peutinger-Collegium. Doch nun müsse die Politik die Rahmenbedingungen schaffen, damit auch bei einem wachsenden Anteil von grünem Strom eine zuverlässige Stromversorgung garantiert bleibt.



„Die Folgen eines tagelangen Stromausfalls kämen einer Katastrophe nahe“: Dr.-Ing. Manfred Bayerlein, Vorstandsvorsitzender TÜV Rheinland AG (Bild 1).

Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst, Dr.-Ing. Manfred Bayerlein mit Ehefrau, Peutinger-Vize Bernd Grottel und Schlußredner Michael Funke, Lehrbeauftragter FH Weihenstephan und Geschäftsführender Gesellschafter der Firma DiBauCo, Eichenau (Bild 2 v.l.).

Prof. Dr. Ing. Karl Eugen Becker, Vorsitzender des Vorstands i.R., TÜV SÜD AG (Bild 3).

Innovativer Unternehmer: Michael Funke sprach das Schlusswort (Bild 4).

Große Lebenserfahrung: Rechtsanwalt Dr. Günter Brüggemann und Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Schumann, Vizepräsident des Bayerischen Senats a.D (Bild 5).

Personalberater Dipl.-Ing. Tino van Elst (Bild 6).

Junges Trio: Wirtschaftsmediator Dieter Hammer mit den Studenten Constantin Pelka und Uwe Stange (Bild 7).

TU-Bauexperte Univ.-Prof. Dr. techn. Peter Eduard Mayer MBA und Dr.-Ing. und Dipl.-Wirtsch.-Ing. Joachim Dressler, Geschäftsführender Gesellschafter der Dressler Bauplanung + Projektsteuerung GmbH (Bild 8).

Dagmar Freiin von Hunoltstein und Kommunikationstechniker Dipl.-Ing. (FH) Dieter Mors (Bild 9).

Firmengründer: Josef Thannhuber, Aufsichtsratsvorsitzender der Einhell Germany AG in Landau an der Isar (Bild 10).

Masako Stroke und Bankdirektor Christian Stobach von der St. Galler Kantonalbank Deutschland AG (Bild 11).

Mehr über den Peutinger-Abend auf den Seiten 26 – 28.

## Mehr moralische Verantwortung

Eine „Kultur moralischer Verantwortung“ auch in der Wirtschaft, mahnte Professor Dr. Wolfgang Ockenfels vor dem Peutinger Collegium an. Dass dafür in allen Unternehmungen wieder ein wacher Sinn entsteht, müssten auch Sozialkontrolleure, also auch die Medien, sorgen und nicht unbedingt die Staatsanwälte, meinte der Trierer Professor für christliche Gesellschaftslehre. Allerdings seien auch die Religionen gefordert, wieder stärker für eine religiöse Bindung der Moral zu sorgen.



Vor dem Porträt von Konrad Peutinger referierte Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels von der Theologischen Fakultät Trier über Ordnung und Moral in der Wirtschaft: (Bild 1).

Vinzenz-Murr-Chefin Evi Brandl und Dr. Arnold Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG (Bild 2).

Dipl.-Kfm. Stefan Rückgauer, Geschäftsführer RSOolutions Consulting for Success (Bild 3).



Sprach das Schlusswort: Prof. Dr. Arnold Weissman, Geschäftsführender Gesellschafter des Nürnberger Beratungsunternehmen Weissman & Cie. (Bild 4).

Kardiologe Dr. med. Tarig Kusus, Unternehmensberater Karlrobert Stöhr und Ministerialdirigent a.D. Dr. Karl K. Kaiser (Bild 5 v.l.).



Philosophiestudenten Raphael Max und Alexander Heindl (Bild 6 v.l.).



Christoph Urban, ehemaliger Siemens-Finanzvorstand, und Claudia Zeimes, Energie-Managerin der Stadtwerke München (Bild 7).



OLG-Richterin a.D. Marie-Luise Gastroph (Bild 8).

Allianz-Managerin Ulrike Schmitt (Bild 9).



UBS-Investment-Spezialist Thorsten Birke (Bild 10).

Germar Ebner, Geschäftsleitungs-Assistent der Geretsrieder GAM Beratungs- und Beteiligungs-Gesellschaft (Bild 11).

# Veranstaltungsvorschau 2013



**Donnerstag, 28. Februar 2013**  
**Georg Fahrenschon**  
 Präsident des Deutschen Sparkassen-  
 und Giroverbands (DSGV)  
 Sheraton München Arabellapark Hotel



**Mittwoch, 10. Juli 2013**  
**Prof. Dr. Hermann Scheuringer**  
 Sprachwissenschaftler an der  
 Universität Regensburg



**Mittwoch, 6. März 2013**  
**Prof. Roland Berger**  
 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats  
 der Unternehmensberatung Roland Berger  
 Bankhaus DONNER & REUSCHEL



**Mittwoch, 18. September 2013**  
**Prof. Dr. Rudolf Mellinghoff**  
 Präsident des Bundesfinanzhofes



**Mittwoch, 20. März 2013**  
**William (Bill) E. Moeller**  
 Generalkonsul der USA in München



**Donnerstag, 10. Oktober 2013**  
**VI. Internationale Energiekonferenz**



**Montag, 8. April 2013**  
**Horst Seehofer**  
 Bayerischer Ministerpräsident



**Mittwoch, 23. Oktober 2013**  
**Peutinger-Symposium**  
 „Made in Germany: Urbanisierung“



**Donnerstag, 25. April 2013**  
**Prof. Dr. Marion Schick**  
 Vorstandsmitglied Telekom AG



**Donnerstag, 7. November 2013**  
**Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel**  
 ehem. Präsident des Bundesverbandes  
 der Deutschen Industrie (BDI)



**Mittwoch, 19. Juni 2013**  
**Prof. Dr. Michael Hüther**  
 Präsident des Instituts  
 der deutschen Wirtschaft Köln



**Mittwoch, 11. Dezember 2013**  
**Großer Rat und Convent**  
**(Jahresmitgliederversammlung)**

Alle Veranstaltungen im Hotel Bayerischer Hof/Palaishalle und Königssaal ab 18 Uhr, soweit nicht anders angegeben!  
 Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage [www.peutinger-collegium.de](http://www.peutinger-collegium.de) beachten!

## Impressum



Der  
**Peutinger**

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin  
 für Politik,  
 Wirtschaft,  
 Wissenschaft  
 und Kultur

### Redaktion

Peter Schmalz (Chefredakteur)  
 Thomas Breitenfellner  
 Michael Weiser  
 Farchanter Straße 35  
 D-81377 München  
 peter.schmalz@gmx.net  
 Leserbriefes an die Redaktion

### Herausgeber

Dr. Marcus D. Ernst  
 Präsident  
 Peutinger-Collegium e.V.

### Verlag/Gestaltung/Realisierung

NBB Kommunikation GmbH  
 Ridlerstraße 33  
 80339 München  
[www.nbbkommunikation.de](http://www.nbbkommunikation.de)

### Anzeigen/Druckunterlagen

Schwele Medienservice GmbH  
 Ulrich Schwele  
 Iglinger Str. 3  
 86807 Buchloe  
 Tel.: 08241/9674-12  
 Fax: 08241/9674-22  
 E-Mail: [u.schwele@schwele.de](mailto:u.schwele@schwele.de)

### Druck

FIBO Druck- und Verlags GmbH  
 Fichtenstraße 8  
 82061 Neuried  
 Telefon 089.30 79 97 0  
[info@fibodruck.de](mailto:info@fibodruck.de)  
[www.fibodruck.de](http://www.fibodruck.de)

Bezugspreis ist im  
 Mitgliedsbeitrag enthalten

**BayWa**

## „Vom Keller bis zum Dach: Mit der BayWa waren wir wirklich gut beraten.“

„Wer auf dem Weg in die eigenen vier Wände kein Abenteuer erleben will, braucht den richtigen Partner. Gut, dass wir uns entschlossen hatten, sämtliche Baustoffe von der BayWa zu beziehen. Denn schnell wurde klar, dass wir die Unterstützung der BayWa Fachberater viel dringender brauchten, als wir ursprünglich gedacht hatten. Sie halfen uns bei der Planung, berieten uns in Sachen Energieeffizienz und standen uns von der ersten Stunde bis zum Umzug zur Seite. So wurde unser Traum vom Eigenheim ein echter Volltreffer – einfach traumhaft!“ *Stefan Kommissari, Lauingen (Donau)*

Mehr Geschichten aus 90 Jahren BayWa finden Sie unter:  
[www.baywa.de/90jahre](http://www.baywa.de/90jahre)